

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telephon Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Zeitspaltel oder deren Raum 25 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 174.

Freitag, den 27. Juli 1917.

24. Jahrg.

Siebenhundert Millionen neue Steuern.

Von Wilhelm Keil.

Am 1. August tritt die Kohlensteuer in ihrem ganzen Umfang, die Verkehrssteuer, soweit sie den Güterverkehr betrifft, in Kraft.

Während die Regierung den Termin des Inkrafttretens der Kohlensteuer kaiserlicher Verordnung vorbehalten wollte, beschloß der Reichstag auf Antrag des Zentrums, ihn auf den 1. August festzusetzen. Von anderer Seite war im Ausschuß der 1. September vorgeschlagen worden, der für die Kohlenindustrie eine Art Stichtag sei, weil bis dahin in der Regel die Versorgung mit Hausbrandkohle im großen und ganzen als abgeschlossen gelte. Just derselbe Zentrumsabgeordnete aber, der bei Beginn der Beratung der Kohlensteuer im Ausschuß nachwies, daß diese Steuer dem Reich wirkliche Erträge gar nicht bringe, weil die Einnahme, die sie liefert, von den einzelnen Reichs- und Staatsverwaltungen sofort wieder als Ausgaben hergegeben werden müssen, bestand am Schluß der Beratung darauf, die Kohlensteuer möglichst rasch wirksam werden zu lassen, damit das Reich zu seinen Einnahmen komme. So tritt nun die Kohlensteuer in einer Zeit in Kraft, in der die Nöte der Kohlenversorgung von Tag zu Tag wachsen und zu einer schweren Kalamität für unser ganzes Volk zu werden drohen.

Die Steuer beträgt 20 Proz. des Preises ab Grube oder Verarbeitungsstelle. Nach dem Maßstab des Kohlenverbrauchs im Jahre 1915 berechnet sich die Einnahme aus der Kohlensteuer auf rund 500 Millionen Mark. Die zurzeit herrschende Förderungsnappheit, die im wesentlichen die Kohlennot verschuldet, würde zu einer beträchtlichen Verminderung der Einnahmen führen, wenn nicht die inzwischen eingetretene wiederholte Erhöhung der Zechenpreise einen Ausgleich brächte. In viel höherem Maße als die Preise der Zechen sind die der Groß- und Kleinhandler gesteigert worden. Mit dem Inkrafttreten der Steuer wird eine abermalige Preissteigerung verbunden sein, die sich beim Handel nicht auf den Betrag der Steuer beschränken wird. Der Handel hat mit der Steuer selbst nichts zu tun. Er hat nur seinen zum mindesten um den Betrag der Steuer erhöhten Bezugspreis zu zahlen. Seinen Profit wird er nach dem erhöhten Umsatz, der die von der Zechen bereitete Kohlensteuer mit umfaßt, berechnen. Und da die „sittliche Läuterung“, die der Krieg bewirkt, sich in der struppellosesten Ausprägung der Verbraucher äußert, wird die Gelegenheit der Durchführung der Kohlensteuer zu einer erneuten Preissteigerung ausgenutzt werden, die nicht geeignet sein dürfte, die Stimmung unseres Volkes zu heben. Kohlennot und Kohlensteuer, verschärft durch die Kohlensteuer, werden in den kommenden Monaten die Gefühle der Volksmassen noch mehr belasten.

Etwa zehn Prozent des deutschen Kohlenverbrauchs entfallen auf den Hausbrand. Bei halbwegs normaler Versorgung trägt also der Hausbrand 50 Millionen Mark Kohlensteuer. Aber nicht einmal diese Summe ist für die Reichskasse Reineinnahme. Soweit die zahlreichen Amtsstellen der Reichsbehörden und namentlich die mit freier Heizung versehenen Dienstwohnungen von Reichsbeamten unter den Hausbrand fallen, hat das Reich aus der rechten Tasche wieder zu zahlen, was es in die linke einnimmt. Für den Steuerertrag der einzelstaatlichen und gemeindlichen Bureaus, Beamtenwohnungen, Schulen usw. hatten die Staaten und Gemeinden, d. h. deren Steuerzahler, die Eisenbahnverwaltungen bürden gleichfalls die sehr beträchtliche Kohlensteuer, die sie trifft, der Bevölkerung wieder auf. Die Kohlensteuerlast der preussischen Eisenbahnen wird auf nahezu 100 Millionen geschätzt. Dazu kommt die Verteuerung aller Gegenstände des täglichen Bedarfs. Denn was kann ohne Kohle erzeugt werden? Vor allem die Preise für Eisen und Stahl werden sprunghaft steigen. Eisen und Stahl wird während des Krieges beinahe ausschließlich für Kriegszwecke erzeugt. Die Reichskasse wird die um mehr als den Steuerbetrag erhöhten Preise wieder zahlen müssen. Den Eisen- und Stahlwerken und der gesamten Heeresindustrie dient die Steuer als willkommenes Gelegenheit zur Erhöhung der ohnehin respektablen Profite, die der Reichskasse, also den deutschen Steuerzahlern, zur Last fällt.

Der Steuerertrag aus der Hausbrandkohle wird noch eine — im voraus nicht abzuschätzende Verminderung erfahren infolge der Bestimmung, daß die durch Einrichtung der Gemeinden oder des Gemeindeverbandes an Inhaber von Kleinwohnungen zu ermäßigten Preisen geliefert wird, nur die halbe Steuer zu tragen hat. So unzulänglich diese Bestimmung auch ist, so müssen die Gemeindevertretungen doch überall auf sie hingewiesen werden. Wo einer Gemeindevertretung Sozialdemokraten angehören, muß rasch der Antrag gestellt werden, von Gemeindegewegen Einrichtungen zur Beschaffung billiger Kohlen für Kleinwohnungen zu treffen. Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wollte die Gemeinden und Gemeindeverbände zur Schaffung solcher Einrichtungen gesetzlich verpflichten und gleichzeitig den Zechen die Pflicht auferlegen, den Gemeinden direkt und zu ersten Preisen, deren Erhöhung während der Dauer des Krieges verboten werden sollte, zu liefern, und die Steuer

sollte für diese Kohle überhaupt nicht erhoben werden. Zu diesem wirksamen Schutz des Hausbrandes der Minderbemittelten vermochten sich aber die bürgerlichen Parteien nicht aufzuraffen.

Die Kohlensteuer wird politisch und wirtschaftlich üble Wirkungen im Gefolge haben. Sie wird dem deutschen Volke die Systemlosigkeit der Steuerpolitik der Reichsregierung und der bürgerlichen Parteien, die nur in der Scheu vor dauernden Reichsbesteuern System kennt, wieder scharf einprägen. Sie wird den Unwillen der Bevölkerung entfachen über das rückwärtslose Zugreifen ohne Beachtung der wirtschaftlichen Folgen. Sie wird die deutsche Produktion nicht nur während des Krieges, wo die Produktionskosten ganz vom eigenen Volke zu decken sind, sondern namentlich in der künftigen Friedenszeit empfindlich belasten und ihr den Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz erschweren.

Verschärft wird die Wirkung der Kohlensteuer durch die gleichzeitig mit ihr in Kraft tretende Besteuerung des gesamten Güterverkehrs. (Die Durchführung der neuen Steuer auf den Personenverkehr ist ein Widerspruch mit den im Reichstag gegebenen Zusicherungen, wonach sie nicht vor Kriegsende erfolgen sollte, im Zusammenhang mit einer allgemeinen Erhöhung der Personentaxen auf 1. Januar 1918 geplant.) Alle Beförderungsgebühren für Güter erhöhen sich vom 1. August an um 7 Prozent. Die Kohle bleibt von dieser Steuer frei, sie hat aber dafür einen Frachtempfel von 2 Mk. bei Fracht bis zu 25 Mk., von 4 Mk. bei Fracht über 25 Mk. zu tragen. Erst im Jahre 1916 war der Frachtempfel von 20 Pfg. auf 1 Mk. bzw. von 50 Pfg. auf 2 Mk. erhöht worden. Für die Kohle beträgt also der

Frachtempfel nunmehr das zehn- bzw. achtfache des Sages, der bis zum 1. Juli 1916 galt. Für die übrigen Wagenladungsgüter ist der Stempel bei Frachtgut jetzt auf 1,50 Mk. bzw. 3,— Mk., bei Eilgut auf 3,— Mk. bzw. 6,— Mk. erhöht. Dazu kommt eine Erhöhung des erst im vorigen Jahre neu eingeführten Stempels auf Stückgut von 10 auf 15 Pfg., von Eilstückgut von 20 auf 30 Pfg.

Im ganzen erhofft man aus dieser Belastung des Güterverkehrs den Ertrag von 200 Millionen Mark, wozu aus der später folgenden Belastung des Personenverkehrs abzüglich des Ertrages der wegfallenden alten Fahrkartensteuer (24 Millionen Mark) noch 110 bis 115 Millionen kommen sollen. Im einzelnen soll bringen die 7prozentige Güterverkehrssteuer unter Ausschluß der Kohle 115,6 Millionen, der erhöhte Frachtempel für Kohlenwagenladungen 26 Millionen, für andere Wagenladungen 15 Millionen, für Stückgut 13,3 Millionen, für Eilgut 2 Millionen Mark Mehrertrag; wozu rund 23 Millionen an 7prozentiger Steuer für Güterbeförderung auf Wasserstraßen kommen.

Die Kohlensteuer ist auf 3 Jahre befristet, die Verkehrssteuern sollen ohne weiteres für die Dauer gelten. Da beide Steuern in den Fragen der Warenpreisbildung eine wichtige Rolle spielen, und da diese Fragen ebenso wie die ganzen Steuerprobleme nach dem Friedensschluß aufs heftigste umkämpft sein werden, dürfte der Kampf um sie noch nicht zu Ende geführt sein. Das deutsche Volk wird dann seinen eigenen Willen einzusetzen haben für einen systematischen und wirtschaftlich zweckmäßigen Aufbau des riesigen Steuergebäudes der Zukunft. Und es wird als oberstes Prinzip dabei aufstellen müssen: Schonung und Stärkung der Arbeits- und Produktionskraft der eigenen Nation.

Stockholm.

Stockholm, 25. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Auf eine Anfrage des Reichstagspräsidenten widerriet der Minister des Äußeren, Lindmann, der Hergabe des Reichstagsgebäudes für die Friedenskonferenz, damit nicht der Anschein einer offiziellen Veranstaltung erweckt werde. Das Gebäude zur Verfügung zu stellen, sei auch unzumutbar, solange der Reichstag nicht aufgelöst sei.

Rojanoff wurde über das Gerücht befragt, nach welchem aus Anlaß des Beginns der Konferenz ein allgemeiner Wehrrück geplant sei. Er erklärte, nichts davon zu wissen, aber er persönlich würde es begrüßen, wenn die Arbeiter aller Länder auf diese Art ganz spontan ihre Solidarität mit der Konferenz beweisen würden.

Die französischen Sozialisten und Stockholm.

In einem Artikel über die wachsenden Friedensneigungen in der französischen Sozialdemokratie teilt unser Kopenhagener Parteiblat über die Verhandlungen und Aussichten für die französische Teilnahme an den Stockholmer Konferenzarbeiten mit: „Am 27. Mai war von der konferenzfreundlichen Minderheit im französischen Nationalrat der Beschluß, Abgeordnete nach Stockholm zu schicken, durchgedrückt worden. Für diesen Beschluß war sowohl die Einwirkung von russischer Seite wie die Reize der Delegierten Ratin und Moutet maßgebend, die in Stockholm mit dem holländisch-schwedischen Komitee verhandelt hatten. Aber auf diesen Erfolg kam ein Rückschlag. Die französische Partei nahm die Baherwegegung, zu der die Regierung sich entschlossen hatte, ohne Widerspruch hin, und Minister Thomas verlangt in Petersburg für die Konferenz die Bedingung, daß die deutschen Mehrheitssozialisten nur Zugang zu den Verhandlungen finden dürften, wenn sie vorher mit der deutschen Regierung gebrochen hätten. Der Geschäftsausschuß der französischen Sozialdemokratie legte in Anerkennung dieses Standpunktes die Entsendung von Vertretern nach Stockholm aus, und die Engländer schlossen sich diesem Vorschlag an. Indessen arbeitet die französische Minderheit weiter. Sie erreichte die Entsendung eines Ausschusses, der an der Beantwortung des Fragebogens, wie das Stockholmer Komitee es ausgehandelt und auch den Franzosen zugestellt hatte, arbeiten sollte. Innerhalb dieses Ausschusses sind nun die beiden feindlichen Richtungen wieder auseinandergeraten und die Gegensätze haben sich herbeizugelieft, daß die Einberufung des Nationalrats beantragt werden mußte und daß man eine neue Sitzung des Rates bald erwarten darf. Diese höchste Instanz sollte entscheiden, ob die gegen die deutschen Mehrheitsparteien gerichtete Ausnahmebestimmung festgehalten oder nach dem Ratse der französischen Minderheit ausgegeben werden soll. Das dänische Blatt, dessen Redaktion, Borgbjerg, selbst an den Stockholmer Konferenzarbeiten teilnimmt, meint das letztere in Aussicht stellen zu können. Die Friedensneigung sei auch in Frankreich zunehmend. Die russischen Arbeitervertreter, die auf dem Wege nach Paris seien, würden es erreichen, daß sich die Franzosen von der Stockholmer Konferenz nicht ausschließen werden.“

Die Kämpfe in Ost und West.

Der strategische Meisterstoß in Ostgalizien zeitigte auch am 25. Juli bedeutenden Geländegewinn und militärisch äußerst wichtige Vorteile. Der heftige, teilweise außerordentlich erbitterte Widerstand, den rasch herangeführte russische Verbände und starke Nachhuten an verschiedenen Abschnitten leisteten, so östlich und südlich von Tarnopol und nördlich Bucacz, vermagte den Vorstoß unserer heftigen Divisionen nicht zu hemmen. Die Russen wurden an allen Punkten mit frühem Angriffsgewalt zurückgeworfen und ihre Verbände dezimiert und zerstreut. Unsere Flieger trugen abermals wesentlich zu den Erfolgen des 25. Juli bei. Zwischen Tarnopol und Trembowla stießen wir östlich des Sereth zehn Kilometer tief nach Süden und Südosten vor und erreichten die Linie Pastowce—Buczacz—Kozopiec—Dnina—Delatyn—Mikuliczyn. Wir erzielten damit bereits eine beträchtliche Verkürzung unserer Front. Auf der ganzen 240 Kilometer langen Front sind wir in einer durchschnittlichen Tiefe von 60 Kilometer vorgerückt. Endlose Züge von Trains, Munitionskolonnen und Geschützen drängen Tag und Nacht vorwärts. Mit der Einnahme des Städtchens Mikuliczyn, dicht nördlich der Jablonica-Passhöhe und Delatyn, an der Bahnstraße Radworna—Kolomea, ist die außerordentlich wichtige Vahstraße, die Ungarn mit Galizien verbindet, wiederum in unserer Hand. Weiter südlich wurde die das Czarny-Czeremosz-Tal beherrschende Stepanki-Höhe den Russen entzogen. Der Vormarsch bleibt in lebhaftem Fluß.

Beiderseits des Trotus-Tales, sowie auf der Sufita-Talperre war das feindliche Artilleriefeuer heftig, ebenso an der rumänischen Front, in der Dohrubtscha und von der Donau bis zum Nimic. Mehrfach wurden vorführende Erkundungsabteilungen abgewiesen. — Während unsere Truppen in Ostgalizien schulter an schulter mit untern tapferen Verbänden die Trümmer der geschlagenen Armeen vor sich hertreiben, holten unsere unermüdbaren Sturmabteilungen, Bataillone und Regimenter, am 25. Juli an der Westfront wie an den Vortagen zu raschen, empfindlichen Schlägen aus. Sie entzogen den Engländern und Franzosen wichtige Stellungen, reiche Beute, 1200 Gefangene. Eine weitere Anzahl französischer Gefangener erlag dem feindlichen Artilleriefeuer. Unsere Gegenwirkung heigerte sich an der Westfront im Juli wesentlich. Im ganzen wurden in diesem Monat vom 1. bis 25. von unseren Truppen an Gefangenen über sechstausend Mann und gegen 150 Offiziere eingebracht, während die Franzosen in diesem Zeitraum nur gegen fünfhundert und die Engländer nicht mehr als 230 melden konnten. In Flandern wütere auch am 25. Juli weiterhin die erbitterte Artillerieschlacht, die man die gewaltigste dieses Krieges nennen kann. An verschiedenen Punkten eingebrungene starke feindliche Patrouillen wurden verlustreich durch Gegenstände geworfen, wobei wir Gefangene zurückerhielten. Am 25. Juli, 5 Uhr morgens, auftauchende zahlreiche leichte Seefertrkräfte des Feindes wurden ebenso wie abends auftretende, durch unsere Küstenbatterien und Torpedoboote vertrieben.

In diesem Zusammenhang seien die gegnerischen Seeerträge wiedergegeben.

Frankfurter Heeresbericht vom 25. Juli: Die Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien blieb tagsüber lebhaft, besonders auf den Hochflächen von Casemates und Californien, in der Gegend von Maronkiers und auf dem linken Mauerufer. Überall bekämpften unsere Batterien die feindliche Artillerie kräftig. Keine Infanterietätigkeit. Auf Reims fielen 567 Granaten.

Belgischer Bericht: Während der Nacht Tätigkeit der feindlichen Artillerie in der Gegend von Westen und St. Jacques Capelle. Handgranatendampf vor Dixmuiden. Tagsüber Geschützkampf in der Gegend von Romschapelle und Hoppelle.

Englischer Heeresbericht vom 25. Juli, nachmittags: Bei einem erfolgreichen Vorstoß östlich und südöstlich von Ypern machten wir gestern 114 Gefangene. Die feindliche Artillerie zeigte beträchtliche Tätigkeit östlich von Monchy le Preux und bei Lombardhe.

Abends: Nach starker Beschädigung unserer Schützengräben östlich von Monchy le Preux griff der Feind am frühen Morgen wieder unsere Stellungen an. Infanteriehögel an. Er drang mit Hilfe von Flammenwerfern in einige wenige unserer vorgeschobenen Posten auf einer Front von ungefähr 250 Yards ein. Unsere Flugzeuge führten bei Tage und in der vorhergehenden Nacht Streifen mit Bombenabwürfen aus. Vier deutsche Flugzeuge wurden zum Niedergeraten gezwungen. Drei der unsrigen werden vermisst.

Russischer Heeresbericht vom 24. Juli: Südwestlich von Dünaburg bemächtigten unsere Truppen sich nach starker Artillerievorbereitung der deutschen Stellungen beiderseits der Eisenbahnlinie Dünaburg-Wilna. Dann zogen sich ganze Divisionen ohne Druck von seiten des Gegners freiwillig in die Ausgangsgräben zurück. Mehrere Abteilungen weigerten sich während des Kampfes militärische Befehle auszuführen. Heldenhaft kämpften die Truppen der 24. Division und besonders die Regimenter Lufa, Podwiaz und ein Stoßbataillon. Ebenso wie auf anderen Fronten, fand die Tapferkeit der Offiziere und ihre ungeheuren Verluste hervorzuheben. Der Divisionskommandeur, General Dogentow, wurde durch Gas erstickt. In der Richtung auf Wilna und in der Gegend nördlich von Krowo machte der Feind mehrere Gegenangriffe. Es gelang ihm, die Höhe nördlich von Bogonoskische, die wir am 22. 7. besetzten, zu erobern. Die Offiziere sind heldenmütig und tatkräftig bestraft. Die Soldaten daran zu hindern, sich massenhaft zurückzuziehen. Am Sereth und bei Tarnopol herrscht Gewehrfeuer. In der Gegend von Zagorbelia, der Vorstadt Tarnopols, zieht sich der Feind zusammen und entwickelt heftiges Artilleriefeuer. In der Gegend von Micalice am Sereth ging der Feind auf das östliche Ufer über und vertrieb unsere Abteilungen. Er besetzte dort Woliamazonede. Zwischen dem Sereth und der Straße rückt der Feind weiter vor und besetzte am 23. 7. abends Bernaduwka, Deroschyn und Buskraun. Nordwestlich von Buczacz halten sich unsere Truppen auf der Linie Garwotka-Monasterzyska. Südlich des Dnjestr gehen unsere Truppen östwärts zurück. Wir räumten Stanislaw.

Russischer Bericht vom 25. Juli: In der Richtung auf Wilna und in der Gegend von Krowo zogen sich russische Abteilungen zurück, die den Abchnitt der Stellungen des Feindes östlich Micalice besetzt hatten, wegen starker Artilleriebeschädigung seitens des Feindes in den Ausgangsstellungen. Das erste Gardekorps — mit Ausnahme der ersten Brigade, die Tarnopol verteidigte — gab aus eigenem Antrieb, ohne Druck von seiten des Feindes, seine Stellungen auf und ist in östlicher Richtung zurückgewichen. Die vorher erwähnte Brigade, die aus den Regimentern Preobraschenski und Semenowski besteht, blieb ihrer Pflicht treu und kämpfte südlich Tarnopol. Der Feind ging im Abschnitt Boregowica-Gagorowka-Wilna auf das linke Sereth-Ufer hinüber und drängte unsere Truppen auf die Linie Snylowce-Gawana-Pluz-Trombowka zurück. Östlich Micalice leisteten Teile der Regimenter Smolenski und Kolojan, die Gegenangriffe machten, den Deutschen hartnäckigen Widerstand. Zwischen Sereth und Strypa leisteten die Deutschen ihre Pflicht und sagten ihre Hauptaufmerksamkeit an dem Westufer des Sereth zusammen. Die in der Gegend nordwestlich Romanowka kämpfenden Divisionen 113, 153 und 74 ließen ihre Stellungen im Stich und gingen aus eigenem Antrieb zurück. Am Abend des 24. Juli hielten sich unsere Abteilungen auf der Linie Trembowka-Romanowka-Petliwka. Westlich der Strypa durchbrachen die Deutschen unsere Stellungen in der Gegend Diewta. Am Abend des 24. zogen sich unsere Truppen auf der Front Przeniods-Gerjannu-Harabiz zurück. Hervorzuheben ist die tapferere Haltung von Abteilungen der 191. Division sowie des dritten und fünften Kadjaberzabataillons, die erstickt gegen überlegene feindliche Kräfte kämpften. Nach Aussetzen eines gefangenen deutschen Offiziers wurde das 143. deutsche Regiment fast ganz von fünften Kadjaberzabataillon vernichtet. Vom Dnjestr bis zu den Karpaten leisteten unsere Truppen ihren Rückzug in östlicher Richtung fort. An der Spirica-Solczwinsta löst sich unsere Nachhut in der Gegend von

Wjese-Stanislawom mit dem Feinde, der sie bedrängte. Polnische Lanzenreiter unterstützten kräftig die Infanterie und griffen sechsmal die deutsche Infanterie an. In den Straßen von Stanislaw spielte sich ein hartnäckiger Bajonettkampf mit dem Feinde ab, der dort einbrach. Die Bewohner der Stadt warfen von den Balkons und Fenstern Handgranaten auf unser weichen Truppen.

Die Kriegslage.

Berlin, 26. Juli, abends. (Amtlich.) In Flandern tagsüber geringes Nachlassen des Feuerkampfes. Weitere Erfolge in Ditalien zwingen die Russen zur Aufgabe ihrer Karpatenfront bis zum Kizlibaba-Abchnitt.

Wien, 26. Juli. (Amtlich.) Oestlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen. Keine größeren Geschichtshandlungen. Front des Generalobersten Erzherzog Josef. In der oberen Eufra entwickelt der Feind erneut rege Tätigkeit.

Bei der Armee des Generalobersten v. Kövch wurde den Russen die Babaludowa entrissen. Der Gegner hat nordwestlich dieser Höhen seine Karpatenstellung freigegeben und weicht gegen Osten. Bei der Besetzung des russischen Widerstandes im Tartaren-Bah hat sich das erprobte Budapest Infanterie-Regiment „Kaiserin und Königin Maria Theresia“, Nr. 32, besonders hervorgetan. Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Heeresgruppe des Generalobersten v. Böhm-Ermolli hat Delatyn, Otkonia, Tuzacz und Buczacz gewonnen. Deutsche Truppen stehen am Westrande von Trembowka. Der Erfolg von Tarnopol wurde durch die Eroberung mehrerer Höhen erweitert.

Italienischer Kriegsschauplatz. Außer dem gewöhnlichen Geschützkampf keine besonderen Ereignisse. Balkan-Kriegsschauplatz. Unverändert.

Rußland.

Die Friedensformel des Arbeiter- und Soldatenrates und ihre Bedeutung.

Der englische Arbeiterabgeordnete James O'Grady, Präsident des englischen Gewerkschaftsbundes und einer der Delegierten nach Petersburg, errietet in der Londoner „Clarion“ vom 1. Juni 1917 Bericht über seine russischen Eindrücke. Der Bericht ist besonders lehrreich wegen seiner Wiedergabe der Auffassung des Arbeiter- und Soldatenrates von der Formel: „Keine Annexionen und keine Kriegsentfesselung.“ O'Grady schreibt wörtlich:

Für uns bedeutet die Formel: „Keine Annexionen“ wirklich das, was sie besagt. Als wir aber fragten, ob darunter auch die Weiterbehaltung Elsaß-Lothringens durch Deutschland zu verstehen ist, antworteten uns die Deputierten des Rates: „Nein!“ Wir erwiderten: Da Elsaß-Lothringen gegenwärtig im deutschen Besitz ist, so werden die Deutschen die Rückgabe dieser Provinz — insoweit einer deutschen Niederlage — als eine Annexion durch Frankreich betrachten. Ebenso würden die Mittelmächte denken, wenn man sie zwingen sollte, Galizien und Polen an ein vereinigties Polen abzutreten. Wir fragten weiter: Würde der Rat darauf bestehen, daß die Mittelmächte Schadenersatz zahlen an Belgien, Frankreich und Serbien? „Ohne Frage!“ antworteten die Deputierten des Rates. Wir wandten ein: Aber derartige Zahlungen würden doch von den Mittelmächten als Kriegsentfesselungen gefaßt werden! — Unsere Argumente lähmten die Deputierten zu beruhigen. Ist man also nicht berechtigt, diese Punkte des Manifestes einfach für Phrasen zu erklären? Wenn dem so ist, so darf man keine besondere Bedeutung diesen Einzelheiten zuschreiben.

So erzählt James O'Grady auf Grund persönlicher Fühlungnahme mit den Führern der russischen Arbeitsdemokratie.

Zur Lage.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur fand im Klub der Soldaten des Preobraschenski-Regiments am 25. Juli eine Sitzung der Vertreter von 37 Einheiten der Garnison von Petersburg und von Vertretern der von der Front herbeigerufenen Truppenkörper statt. Leutnant Kasurenki, Führer einer gemischten Abteilung von der Front, hielt eine Rede, in der er u. a. sagte: „Wir streben von der Front hier ein mit dem einzigen Ziele, die Errungenschaften der Revolution sicherzustellen. Es handelt sich darum, die Gründe festzustellen, warum die Garnison Petersburg nicht hinausgeht, um die Sache der Revolution zu verteidigen.“ Ein Vertreter der Schule der Marineaspiranten in Peterhof, Telegin, er-

klärte, der Vollziehungsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats sei durch die Anwesenheit von Maximalisten in seiner Mitte besetzt. Der Redner sprach die Ansicht aus, der Vollziehungsausschuß mache sich schuldig, weil er nicht die treuen Teile der Garnison Petersburg mit der Unterstützung des Aufstandes beauftragte. Telegin schlug eine Versammlung zur Wahl eines neuen Vollziehungsausschusses vor. Der zentrale Ausschuß müßte als erster ein Beispiel der Unterordnung unter die vorläufige Regierung zeigen. Namens des Vollziehungsausschusses schlug Motkin eine Entschlüsselung vor, in der das Vertrauen zum zentralen Ausschuß ausgesprochen wird. Diese Entschlüsselung, die die Garnison zum entschlossenen Kampfe gegen den Mittelpunkt der Revolution aufrief, wurde von der Mehrheit der Vertreter der Garnison Petersburg abgelehnt, während die von den Vertretern der Einheiten von der Front vorgeschlagene Entschlüsselung angenommen wurde.

Die „Daily News“ meldet aus Petersburg: Der Arbeiter- und Soldatenrat beschloß infolge der veränderten Lage den sofortigen Beginn der Wahlen zur konstituierenden Versammlung, welcher die politischen und militärischen Entscheidungen, die von der provisorischen Regierung gefordert werden, vorbehalten bleiben sollen. Aus Petersburg wird gemeldet: Die Zahl der Abgeordneten für die konstituierende Versammlung wurde auf 800 festgesetzt. Ein Abgeordneter entfällt auf 200 Köpfe. Wahlkreise sind die Gouvernements, die mindestens fünf Abgeordnete vertreten. Petersburg und Moskau bilden besondere Wahlkreise.

Eine ganze russische Division durch die eigene Artillerie niedergeschossen.

Die „Morningpost“ meldet nach einem Reiterbericht aus Petersburg, General Kornilow ließ eine ganze Division der 11. Armee an der galizischen Front durch die eigene Artillerie niederschleichen. Diese Armee war außerordentlich gut mit englischen und französischen Geschützen und mit Kanonieren, Flugzeugen, Fliegern und englischen Panzerautomobilen ausgerüstet. Die Artillerie war ausgezeichnet aufgestellt, aber die Infanterie schoß die Kanoniere nieder, um beim Rückzug die Pferde zur Verfügung zu haben. Die Folge war, daß die Artillerie in die Hände der Feinde fiel.

England.

Die russische Delegation.

Reuter meldet unter dem 26. Juli aus London: Heute fand im Unterhaus eine Konferenz zwischen den russischen Vertretern und den Mitgliedern der Arbeiterpartei statt, an der der Vorsitzende der Arbeiterpartei Wardle, Arthur Henderson, Mitglied des Kriegskabinetts, ferner George Roberts, Ramsay MacDonald und Sorell teilnahmen. Es wurde beschlossen, die Sozialistenkonferenz am 8. und 9. August in London abzuhalten. Vermutlich dürfte es sich bei der letzteren um eine Konferenz der Sozialisten der Alliierten handeln.

Torpediert.

Die englische Admiralität teilt mit: Der bewaffnete Hilfskreuzer „Diana“, 12077 Tonnen, wurde in den nördlichen Gewässern torpediert und sank innerhalb 20 Sekunden. 36 Mann wurden getötet, die übrigen wurden gerettet. Die Admiralität teilt ferner mit: Amtlich wird aus Berlin unter dem 22. 7. gemeldet: Das britische Unterseeboot E. 44 wurde durch ein deutsches Unterseeboot versenkt. Ein Heizer wurde gerettet.

Allerlei Kriegsnachrichten.

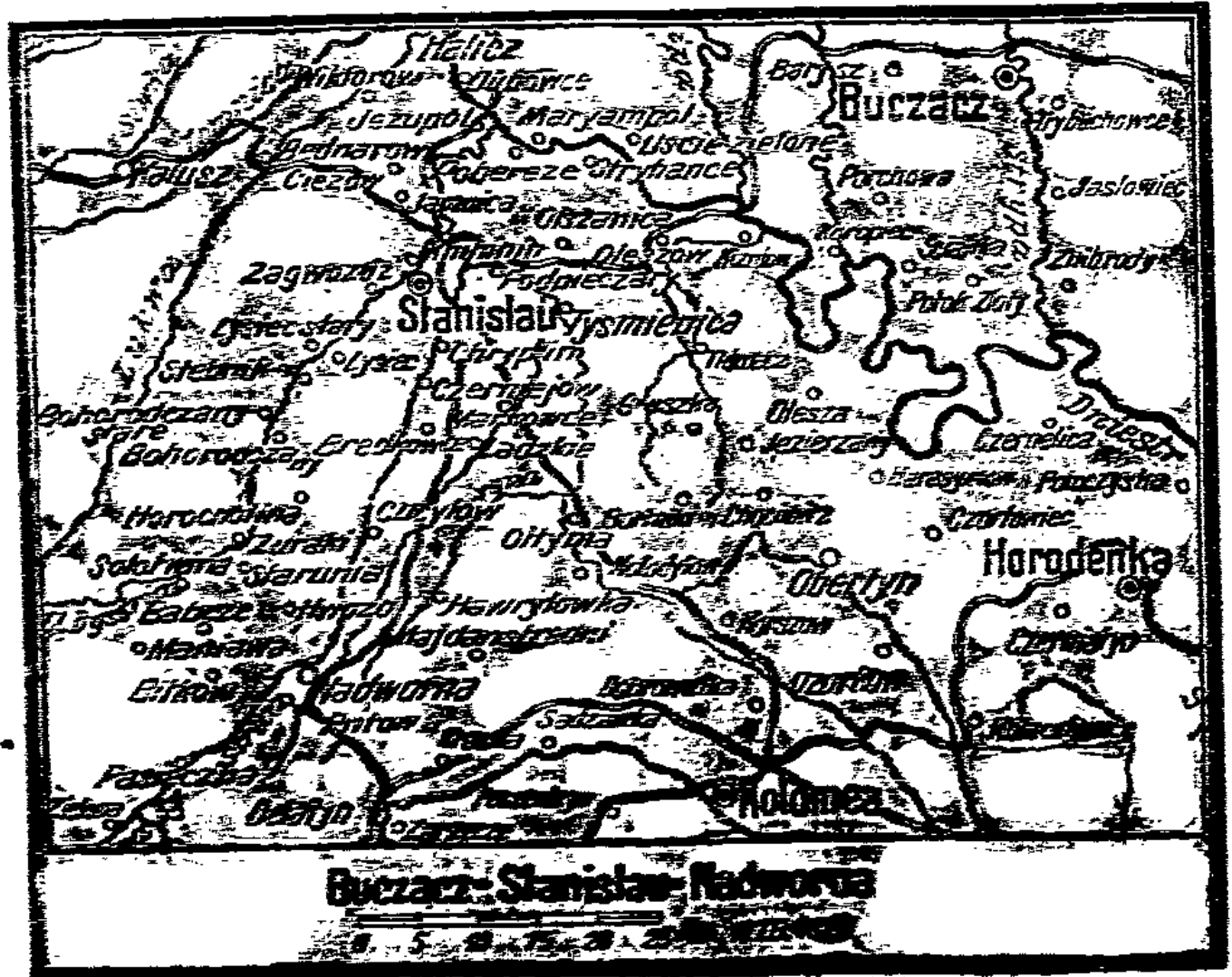
Das deutsch-englische Übereinkommen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Von deutschen und englischen Regierungsvertretern wurde kürzlich in Haag in gemeinsamen Beratungen der Entwurf einer Vereinbarung zwischen der deutschen und der großbritannischen Regierung über die Kriegs- und Zivilgefangenen aufgestellt. Der Entwurf fand nunmehr die Zustimmung der beiderseitigen Regierungen. Die Vereinbarung, deren deutscher Wortlaut demnächst veröffentlicht wird, ist vom Standpunkt der Menschlichkeit auf das lebhafteste zu begrüßen. Sie betrifft die Entlassung kranker Kriegsgefangener in die Heimat und die Internierung von Kriegs- und Zivilgefangenen in neutralen Ländern. Ferner die Bestrafung der Fluchtversuche von Kriegsgefangenen, die Aussetzung der gegen Kriegsgefangene und Zivilgefangene verhängten Strafen wegen der bis zu einem gewissen Zeitpunkt begangenen Straftaten, Vergeltungsmaßnahmen gegen Kriegs- und Zivilgefangene und endlich die beschleunigte Abfertigung der für Kriegs- und Zivilgefangene bestimmten Paketsendungen, sowie Nachrichten von der Gefangennahme von Angehörigen der beiderseitigen Streitkräfte. Weitere Fragen, deren alsbaldige Lösung bei den Verhandlungen in Haag nicht möglich erschien, wurden für spätere Friedebildung zurückgestellt. Insbesondere kamen die deutschen und die englischen Vertreter überein, ihren Regierungen zu empfehlen, die Frage der Erweiterung der Entlassung von Zivilpersonen in das Heimatland und ihrer Internierung in neutralen Ländern in wohlwollender Erwägung zu ziehen, vor allem in Fällen, in denen Zivilpersonen in tropischen Gegenden oder andern ungünstigen Verhältnissen zurückgehalten wurden. Besonderer Anteil an dem Zustandekommen der Vereinbarung hat die niederländische Regierung. Entgegenkommend wurden die Beratungen der deutschen und der englischen Regierungsvertreter ermöglicht und auf das wirksamste gefördert. Auch stellte sie in bereitwilliger Weise ihr Land für den Fall der Unterbringung deutscher und englischer Kriegs- und Zivilgefangener zur Verfügung. Für diese Betätigung echter Menschlichkeit gebührt ihr der wärmste Dank. Das bereits früher von uns gemeldete Zustandekommen dieser Vereinbarung ist nur mit Freuden zu begrüßen.

Neue Verhaftungen in der Angelegenheit des polnischen Legionsbrigadiers Pilsudski.

Die Krakauer Zeitung „Naprzod“ meldet zu der bereits mitgeteilten Verhaftung des Oberst Pilsudski, daß auch der gewesene Generallieutenant der ersten Brigade der polnischen Legion, Oberst Sosnkowski, verhaftet wurde. Dieser war zuletzt Referent im Militärdepartement des polnischen Staatsrates. Nach anderen Meldungen wurde die Verhaftung durch die deutsche Feldpolizei durchgeführt, und zwar nach einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Pilsudski, wobei viele Dokumente beschlagnahmt wurden. — Der Warschauer „Glas“ berichtet anlässlich der Friedensverhandlung durch die Legionen

Buczacz—Stanislaw—Nadworna.



Mit gleicher Wucht wie östlich von Tarnopol stießen unsere Truppen nach Südosten und Süden gegen die Bahnhöfe Stanislaw-Buczacz-Kopyschyn etc. Während unter ihrem Druck eine wichtige Verteidigungsstellung nach der anderen in der Linie Stanislaw-Nadworna zusammenbrach, wurde in den Waldkämpfen am 24. Juli die des Sablanica-Bag nördlich anliegende Berggipfel des Dnjestr den Russen entrissen. Nach der vergeblichen Widerstand, den die Russen zwischen Stanislaw und Nadworna an der Spirica-Nadwornizka leisteten, verordnete der russische Oberkommandeur an diesem Frontabschnitt nicht mehr aufzuhalten. Auch hier wurden die Russen von den unsrigen in ungeheurer Dränge nach vorwärts gedrängt und die außerordentlich wichtigen Straßen und Bahnhofsstationen der Städte Stanislaw und Nadworna, die beiden Eckpfeiler der russischen Stellung, herausgedrängt. Eine größere Anzahl von Geschützen, darunter schwere, sowie nach nicht gezählte Feldgeschütze, Granatwerfer, Maschinengewehre, große Mengen an Munition und Verpflegung wurden erbeutet.

Der amtliche Kriegsbericht.

W.S. Großes Hauptquartier, 27. Juli. (Amtlich.)
Westlicher Kriegshauptlag.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht
Die Artillerieflottille in Flantern lag unter dem Einfluß ungünstiger Sicht gestern vorübergehend nach. Abends kehrte sie sich wieder zu ungestörter Festigkeit.

Erneute gewalttätige Erlebnungen der Engländer scheiterten überal in unserer Abwehrzone.

Im Artois lebte nach: Tags die Feuerfähigkeit durchweg beträchtlich auf. Nachts wurden an der ganzen Front Vorstöße feindlicher Aufklärungs-Abteilungen abgewiesen.

Bei Hannecourt, südlich von St. Quentin, brachten württembergische Stotrupps eine größere Zahl von Engländern von einem Einbruch in die feindliche Stellung zurück.

Front Deutscher Kronprinz

Am Chemin de Dames, südlich von Ailles, und beim Gehöft Hurtebise, ebenso am Hochberg in der West-Champagne führten die Franzosen verlustreiche Gegenangriffe aus. Gefangenenzahl und Beute haben sich sehr vermehrt. Im Abschnitt von Ailles liegt sie auf über 1450 Mann, 16 Maschinengewehre und 70 Schnellabgewehre.

Westlich der Suippes fielen bei einem Heberfall auf feindliche Grenzküste zahlreiche französische Gefangene in unsere Hand.

Westlicher Kriegshauptlag.

Seeresfront des Generalobersten Prinz Leopold von Bayern.

Seeresgruppe des Generalobersten Koch-Ermold.

Im erbitterten Ringen, dem S. M. der Kaiser auf dem Schlachtfeld bewohnte, erweiterten unsere Divisionen bei Tarnopol durch kraftvolle Angriffe den schon kürzlich erzielten Brückenkopf auf dem Ostufer des Sereth. Weiter südlich wurde trotz hartnäckigen Widerstandes der Russen, der ohne jede Rücksicht Tausende um Tausende in diesen Häfen in unser Bereichsfeuer trieb, der Gricena-Abschnitt und Sereth-Hebergang von Trembowla bis Tomoroze erkämpft. Weiter westlich des Dniestr sind wir im schnellen Vorbrängen. Kolomea wurde von bayerischen und österreichischen Truppen genommen.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef

Im Ostteil der Waldkarpatischen drangen unsere Armeen dem gegen den Fuß zurückweichenden Feind nach.

In den Bergen östlich des Beckens von Kozdinasz hely entspannen sich gestern neue Kämpfe. Wir überlegen dem Gegner das Tal von Sewoja bis zum Oberlauf der Putna.

Seeresgruppe des Generalobersten von Mackensen.

Die Gefechtsfähigkeit am unteren Sereth war geringerals in den Vorlagen.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Sehr zweckmäßig wäre es auch, wenn sich über bedeutungsvolle Fragen, die in der Bürgererschaft zur Verhandlung kommen, gelegentlich eine taktische Verständigung unter den Gruppen ermöglichen ließe, die nach ihren politischen Anschauungen oder aus anderen Gesichtspunkten ein Stück Weges miteinander gehen können. Dadurch würden diese vermehrten Einflüsse und eine größere Macht gewinnen. Die gegenwärtigen Verhältnisse schließen eine solche taktische Verständigung fast gänzlich aus.

Von Bedeutung wäre die Fraktionsbildung auch für die Zusammenfassung der verschiedenen Bürgerchaftskommissionen. Heute macht das Präsidium die doppelte Anzahl Vorschläge für diese Kommissionen und die Bürgerchaft wählt dann davon die Leute, die ihr genehm sind. In der Regel ist es demnach dem Zufall überlassen, welche Bürgerchaftsmitglieder diese Kommissionen bilden, und nicht selten gehören ihnen unter diesen Umständen Mitglieder an, denen sowohl Verständnis und Interesse für die zur Verhandlung gelangenden Gegenstände als auch die erforderliche Zeit fehlt. Wenn die Fraktionen Einfluß auf Kommissionswahlen hätten, würde das sofort anders sein.

Doch auch in der Lücker Bürgerchaft eine Fraktionsbildung in nicht sehr ferner Zeit kommen muß, halten wir für sicher. In Hamburg, wo schon Fraktionen bestehen, bereitet sich nunmehr auch eine gewisse Politisierung der Bürgerchaft vor. Der Krieg macht, so wird der „Weser-Zeitung“ aus Hamburg geschrieben, seinen Einfluß auch auf die Parteibildung in unserer Bürgerchaft geltend. Die mit der Neuordnung unserer Verfassung und unseres wirtschaftlichen Lebens verbundenen bedeutenden Aufgaben beschleunigen eine Entwicklung, die sich vor dem Kriege bereits angebahnt hat, aber ohne den Krieg voraussichtlich sich sehr viel langsamer vollzogen haben würde, nämlich die Politisierung unserer Bürgerchaft. In politischen Parteien haben wir bisher in der Bürgerchaft die Vereinigten Liberalen, das heißt die Linken mit 30 und die Sozialdemokraten mit 20 Mandaten. Daneben stehen noch die im wesentlichen auf gesellschaftlichen Unterschieden beruhenden sogenannten alten Fraktionen der Rechten mit 40, des linken Zentrums mit 31 und der Linken mit 39 Mandaten. Nunmehr gehen unsere Nationalliberalen mit dem ersten Schritt, ihre Anhänger in der Bürgerchaft zu einer Fraktion zusammen zu stellen und sollen sie dafür bei einem Teil der alten Fraktionen sehr viel Stimmung gefunden haben, so daß die Gründung einer nationalliberalen Fraktion in der Bürgerchaft in nicht ferner Zeit zu erwarten ist. Ohne Zweifel werden die Konservativen gleichzeitig denselben Versuch machen und wahrscheinlich aus den Kreisen der Kleinbürgerlichen Mittelstandszetter auch eine Anzahl von Abgeordneten um ihre Fahne sammeln. Wie sich schließlich der Rest der alten Fraktionen, der des Hineintragen der Politik in den Bürgerchaftsstad noch immer verabscheut, organisieren wird, steht dahin. Jedenfalls dürfte sich die Politisierung unserer Bürgerchaft jetzt mit raschen Schritten entwickeln.

Gegen die Getreideschiebungen! Die erheblichen gerichtlichen Bestrafungen, welche die Urheber von Getreideschiebungen im Osten und Westen der Monarchie getroffen haben und die verhängnisvoll Gegenstand der Erörterung in der Presse gewesen sind, geben dem Kriegsminister jetzt bei Beginn der diesjährigen Ernte und nach Inkrafttreten der Reichsgetreideordnung vom 21. Juni 1917 erneut Veranlassung, die befehligten Händler- und Einzelverkäufe auf gewöhnliche Befolgung der Bestimmungen und der neu erlassenen Bestimmungen bezüglich der Bewirtschaftung und Verwertung der Getreidemasse hinzuweisen. Das Kriegsministerium, dessen Organisation sich ständig weiter ausbaut, wird dem Verkehr mit den Erzeugern in Form neuer Ernte seine besondere Aufmerksamkeit widmen. Anlässlich der jetzt in Kraft tretenden neuen Getreidepreise wird besonders darauf hingewiesen, daß für Roggen und Weizen aus der früheren Ernte die alten niedrigeren Höchstpreise maßgebend sind. Wer alte Bestände als solcher neuer Ernte abliefern, macht sich strafbar. Verboten ist es auch, Getreide als „Gemenge“ oder „Zutmischung“ oder unter ähnlicher Deckerbezeichnung der staatlichen Bewirtschaftung zu entziehen.

Höchstpreise für Hülsenfrüchte. Die Verordnung über Höchstpreise für Hülsenfrüchte vom 24. Juli 1917 fast, ähnlich wie die

Verordnung über Höchstpreise für Getreide, Buchweizen und Hirse vom 12. Juli 1917, zum Teil bereits früher erlassene Bestimmungen und ergänzende Vorschriften in eine Verordnung zusammen. Die in § 1 für Hülsenfrüchte festgesetzten Höchstpreise von 84 Mk. bis 85 Mk. für den Doppelzentner sind bereits durch die Verordnung des Bundesrats vom 14. Dezember 1916 für die diesjährige Ernte festgelegt worden. Mit Rücksicht darauf, daß durch die neue Reichsgetreideordnung auch die Weiden beschlagnahmt sind und öffentlich bewirtschaftet werden, sind für diese Fruchtarten ebenfalls Höchstpreise festgelegt worden. Saatweiden werden jedoch voraussichtlich im nächsten Jahre in größerem Umfange für die unmittelbare menschliche Ernährung verwendet werden. Es ist deshalb der durch die Verordnung vom 18. November festgesetzte Futtermittelpreis für Saatweiden von 38 Mk. jetzt auf 50 Mk. erhöht worden, während für Winterweiden (Vicia villosa), soweit sie nicht zu Saatweiden gehandelt werden, ein Höchstpreis von 45 Mk. für den Doppelzentner festgelegt ist. Der Preis für die Vogelweide entspricht dem Getreidepreis, da Vogelweiden in der Hauptsache in natürlicher Mischung mit Getreide zur Ablieferung kommen. Die im übrigen festgesetzten Höchstpreise gelten schließlich gleichmäßig für alle Sorten Hülsenfrüchte. Der § 2 stellt vielmehr besondere Grundätze dafür auf, wie die einzelnen Sorten Hülsenfrüchte zu bewerten sind. Ebenso wie bei der erwähnten Verordnung vom 12. Juli dürfen bei Saatgut von Hülsenfrüchten zu den gewöhnlichen Höchstpreisen besondere Zuschläge gemacht werden, die für gewöhnliches Saatgut (Handelsaatgut) und „anerkanntes Saatgut“ verschieden hoch bemessen sind. Höchstpreise und Gemülsaartgut sind preisfrei, wenn die Bestimmungen über den Verkehr mit Saatgut eingehalten werden. Der Begriff des „anerkannten Saatguts“ ist genau festgelegt. Als anerkanntes Saatgut kann jedoch nur erste bis dritte Abfaat in Betracht kommen.

Gesuche an Marinebehörden. Bei der Marine gehen ständig zahlreiche Gesuche aus der Bevölkerung bei nicht zuständigen Stellen ein. Dadurch entsteht naturgemäß eine erhebliche Verzögerung in der Erledigung. Es wird daher im Interesse einer schnellen Erledigung aller Gesuche durch „Wolffs Telegraphenbüro“ darauf hingewiesen, daß Gesuche und Anfragen, die die persönlichen Angelegenheiten Marineangehöriger betreffen (z. B. Einstellung, Verlegung, Beurlaubung, anderweitige Verwendung usw.), nicht an das Reichsmarineamt, sondern stets unmittelbar den in Frage kommenden Kommandos der Marineteile (Matr.-Div., Vert.-Div., Torb.-Div., Matrosen-Artillerie-Abteilungen, See-Stationen, Minen-, Unterseeboot-, Flieger-, Luftschiffer-Abteilungen, Schwimmschulen-Division usw.) oder S. M. Schiffen einzureichen sind. Falls dies aus irgend welchen Gründen (z. B. Unkenntnis der Adresse des Marineteils) nicht möglich ist, sind die Gesuche an die Marine-Stationen-Kommandos in Kiel oder Wilhelmshaven zu richten, die sie an die zuständigen Stellen weiterleiten werden. Zur Vermeidung von Rückfragen empfiehlt es sich, die Gesuche zunächst durch die zuständige Zivilbehörde auf ihre Notwendigkeit hin begutachten zu lassen.

Wegfall der Zusatzsteuerarten. Das Reichs-Gesetzblatt veröffentlicht folgende Verordnung: Die Bekanntmachung über Zusatzsteuerarten vom 15. April 1917 wird mit Ende der Märgabe aufgehoben, daß die Kommunalverbände mit Ablauf der letzten der Freigabezeit zugrunde gelegten Woche vor dem 16. August 1917, spätestens aber mit Ende der 17. Woche seit Eintritt der Reichsüberbilligung neben der Reichssteuerarten Zusatzsteuerarten nicht mehr ausgeben dürfen.

An Staatsrenten und Abgaben gingen im Monat Juni beim hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 217 944,78 Mk., Wertzuwachssteuer 4 265,-- Mk., Grundsteuer 17 308,69 Mk., Erbschaftsteuer einschli. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 26 266,60 Mk., Veräußerungsabgabe 29 983,87 Mk., Stempelabgabe 8 785,60 Mk., zusammen 298 494,74 Mk. gegen 109 918,91 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres: mithin 188 580,83 Mk. mehr. Vom 1. April bis Ende Juni gingen insgesamt 2 529 155,01 Mk. ein gegen 1 750 019,17 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 779 135,84 Mk. mehr.

Wafere nach Belgien und Polen. Für den Faktorenbefehl nach den Generalgouvernements Belgien und Warschau sind die Vorschriften zum Teil geändert und neu zusammengestellt worden. Für das Publikum ist daraus von Interesse, daß gelbe Waferearten und keine Sollinhaltsverpflichtungen nötig sind für Waferearten an Truppen, Behörden sowie im Feldpostverkehr, ferner an die Generalgouvernements, die Generalgouvernements, sowie die bei diesen selbst beschäftigten Offizieren, Beamten und Ingekleuten. Die Wafere können bis zu 10 Kilo schwer sein und lösen bis zu 3 Kilo 25 Pfg. für jedes weitere 5 Pfg. mehr. Gewöhnliche Wafere an Privatpersonen in bestimmten Orten dürfen bis zu 5 Kilo schwer sein und lösen 1 Mk. Sie erfordern eine graublaue Waferearte sowie eine weiße und zwei grüne Sollinhaltsverpflichtungen.

Unethische Sinder von Kriegsteilnehmern haben bekanntlich Anspruch auf Familienunterstützung, wenn die Unterhaltungsspflicht des zum Kriegsdienst eingezogenen Vaters festgelegt ist. Dieser war zweifelhaft, ob dieser Anspruch auch dann geltend gemacht werden könnte, wenn sich der Vater durch eine vom Vormundschaftsgericht genehmigte Abfindung von der laufenden Unterhaltungsspflicht befreit hatte. Nunmehr hat sich der Reichsfinanzminister (Reichsamt des Innern) damit einverstanden erklärt, daß den unethischen Kindern Familienunterstützung auch in solchen Fällen gewährt werden kann, sofern nach Lage der Verhältnisse die Bedürftigkeit anzuerkennen ist.

Theaterpersonalien. Herr Paul Wiegner, der drei Jahre am Schauspiel unserer Stadttheater erfolgreich gewirkt hat und gegenwärtig an unserer Opernbühne tätig ist, wurde vom August d. J. ab auf fünf Jahre für das Wiesbadener Hoftheater verpflichtet.

Hamburg. Vom Spiel in den Tod. Zwei Kinder nutzten gestern ihre Unvorsichtigkeit beim Spiel mit dem Leben bezahlen. An den Vorjahren spielte das 12jährige Mädchen Martha Wöhlke mit mehreren anderen Kindern, als es plötzlich in die Erde fiel und ertrank. — Beim Spielen auf der Lattenstampfbrücke fiel der in der Alsterdorfer Straße wohnende achtjährige Knabe Wardung in die Alster und ertrank.

Schleswig. Feuer. Am Sonntag ist die historische Gastwirtschaft Klosterkrug in der Gemeinde Jagel ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer griff so schnell um sich, daß außer etwas Kettzeug und einigen Ferkeln nichts gerettet werden konnte. Das Gebäude trug Strohdach. Jagel und der Klosterkrug waren am 3. Februar 1864, woran die „Schl. R.“ erinnert, der Schauplatz des ersten Zusammenstoßes zwischen Preussen und Dänen. Am Nachmittag jenes Tages wurden hier die Dänen von der österreichischen Vorhut geschlagen und zurückgetrieben. Beim Klosterkrug befinden sich auch die Reste des Rogtanks, eines Teiles des alten Dannewerks.

Rostock. Die mecklenburgische Verfassungsfrage. Vor einiger Zeit haben in Schwerin Verhandlungen über eine Verfassungsänderung für beide Mecklenburg stattgefunden. Ob man dort zu einem positiven Resultat gekommen ist, ließ sich nicht feststellen. Der liberale Verein für beide Mecklenburg hat sich nun neuerdings mit dem Stand der Verfassungsfrage beschäftigt und legt in einer Entschließung: „Der Verein gibt keinem Befremden darüber Ausdruck, daß die mecklenburgischen Verhandlungen zu diesen Beratungen weder einen fortgeschrittenen mecklenburgischen Reichstagsabgeordneten, noch einen Vertreter des liberalen Wahlvereins beider Mecklenburg eingeladen haben, obwohl von den beiden mecklenburgischen Reichstagswahlkreisen drei im Besitz der Fortschrittlichen Volkspartei sind. In der Überzeugung, daß die neue Verfassung dem mecklenburgischen Volke das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht nicht mehr vorenthalten darf, erwartet er, daß die von den mecklenburgischen Regierungen in Aussicht gestellte Verfassungsvorlage diese Forderung erfüllt.“ Wenn das nicht eintritt, dann will der Verein nicht

„Endlich ist es an der Zeit, die Wahrheit zu verkünden, die öffentliche Geheimnisse sind, nämlich daß Pilsudski die Eidesleistung verhindert hat. Er allein ist dafür, was geschehen, verantwortlich. Der Artikel versucht, den Beweis zu erbringen, daß Pilsudski aus persönlichen Motiven gehandelt hat. Er ließ nämlich vor der Vereidigung wissen, daß es nur ein Mittel gebe, die Legionäre zur Eidesleistung zu bewegen, nämlich die Wiederernennung Pilsudskis zu Oberkommandanten der Legionen. Die „Times“ wußten sogar aus Petersburg zu melden, daß Pilsudski im Monat Juni sich in Petersburg aufgehalten habe und zum Ehrenpräsidenten des dort tagenden polnischen Militärkongresses ernannt worden sei, der sich mit dem von Kereński allerdings zurückgewiesenen Plane beschäftigte, eine aufsteigende Russlands kämpfende polnische Armee zu bilden. Was an den letzteren Meldungen zutreffend ist, wird man hoffentlich recht bald erfahren.

Das peruanische Ministerium ist ebenfalls zurückgetreten. — In Südamerika herrscht wohl das Rücktrittsfieber.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Gewerkschaften zum Friedensprogramm.

Die in Berlin tagende Konferenz der Vorstände der freien Gewerkschaften Deutschlands hat folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Gewerkschaften Deutschlands begrüßen es mit großer Freude, daß der Reichstag durch seinen Beschluß vom 19. Juli sich im Namen des deutschen Volkes für einen Verständigungsfrieden erklärt hat.

In der Gesamtheit der Arbeiterbewegung, deren Interesse die Gewerkschaften vertreten, findet der Wille zur schnellen Beendigung des Krieges durch Verständigung der Völker nicht nur einmütige Zustimmung. Die Arbeiter Deutschlands sind auch bereit und entschlossen, mehr noch wie schon seither ihre Kräfte für die baldige Erreichung dieses Zieles einzusetzen.

Alldutsche Flugblattverteilung durch Schulkleute.

Die „Wormser Volkszeitung“ beklagte sich kürzlich darüber, daß die Wormser Schulkleute dazu benutzt worden seien, in den Häusern der Stadt ein Flugblatt zu verteilen, das seinem Inhalt nach alldutschen Zwecken diene. Dazu bemerkte das Blatt:

„Gegen einen derartigen Mißbrauch öffentlicher Organe, die zudem viel Wichtigeres zu tun hätten, muß entschieden Einspruch erhoben werden. Es geht nicht an, daß Beamte eines Gemeinwesens, dessen Steuerzahler sich aus Leuten aller möglichen Parteirichtungen zusammensetzen, im Dienst einer besonderen Partei verwendet werden. Wenn die betreffende Stelle, die den Auftrag gab, das Flugblatt zu verteilen, durchaus glaubt, den Willen zum Durchhalten stärken zu müssen, so sei ihr angetragen, dazu brauchbarere Mittel zu verwenden. Auf alle Fälle wäre es ihre Pflicht gewesen, sich vorher genau über den Inhalt des Flugblattes zu orientieren. Wenn die Alldutschen Interesse an der Verbreitung ihrer Flugblätter haben, dann mögen sie sie auf ihre eigenen Kosten vornehmen lassen.“

Diese Kritik ist durchaus zutreffend. Es kann gar nicht hart genug gegen ein solches Verfahren, wie das hier beliebt, protestiert werden.

Warnung vor den Nationalliberalen!

Der auf dem rechten Flügel der nationalliberalen Partei stehende „Deutsche Kurier“ bringt es fertig, den Reichstanzler davor zu warnen, nationalliberale Parlamentarier in die Regierung zu berufen. Das Blatt schreibt:

„Wenn die Berufung von Parlamentariern in die Regierung dazu dienen soll, ein engeres Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Parlament herzustellen, so würde es kein ungeeignetes Mittel geben, als etwa Parlamentarier zu berufen, die, soweit nationalliberale Kreise in Betracht kommen, in der Lebensfrage unserer Nation sich nicht von jeher des Rufes unbedingter Zuverlässigkeit erfreuen. Nationalliberale Parlamentarier, die sachlich auf dem Boden der Kriegszieleinstellung der demokratischen Reichstagsmehrheit standen, würden bei ihrer Berufung in die Regierung von Anfang an mit dem denkbar schärfsten Mißtrauen und Widerstand der nationalliberalen Gesamtpartei zu rechnen haben.“

Als national zuverlässig dürfte dem Blatt vermutlich nur der Abgeordnete Hirsch-Essen gelten, der eigentlich schon längst in den Reihen der Konservativen seinen Platz hätte wählen müssen.

Nus Lübed und den Nachbargebieten.

Freitag, 27. Juli.

Die Lübeder Bürgerchaft ist wohl das einzige deutsche Kundeschaftliche Parlament, dessen Mitglieder sich nicht zu Fraktionen oder Gruppen zusammengeschlossen haben. Nur die sozialdemokratischen Abgeordneten bilden eine Fraktion. Der Vorschlag der bürgerlichen Bürgerchaftskandidaten bei den Wahlen erfolgte bisher in mancherlei Organisationen, den Anträgen, dem Gewerksverein, den Stadt- und Vorstadtvereinen, bis schließlich die Aufstellung selbst im Vaterstädtischen Verein vorgenommen wurde. In der Bürgerchaft stellen die 107 bürgerlichen Abgeordneten, die nach der letzten Bürgerchaftswahl vorhanden waren, eine Masse dar, die sich aus den verschiedensten Elementen zusammensetzte, von denen jedes einzelne Mitglied, ohne mit anderen Gleichgesinnten Fühlung genommen zu haben, nach eigenem Gutdünken, nicht selten auch ohne sich vorher nur damit beschäftigt zu haben, über wichtige Senatssachen oder andere Dinge von Bedeutung seine Stimme abgab. Mancher erhebt sich nur zögernd von seinem Stuhl und späht ängstlich danach, wie wohl sein Kollege, der sich gleichfalls nicht zur Sache äußerte, sich verhält. Darnach richtet er sich dann. Nicht selten kommt es denn auch vor, daß Bürgerchaftsmitglieder in derselben Frage in zwei verschiedenen Sitzungen entgegengegesetzt abstimmen, ohne daß neue Gründe in der Debatte vorgebracht wären.

Wenn Fraktionen beständen, würde dieser Unbestand leicht behoben werden können. In den Fraktionsberatungen würde Klarheit und eine gewisse Einheitlichkeit im Verhalten geschaffen, vorher bestimmte Redner, die sich mit der Sache eingehend zu beschäftigen hätten, kämen zum Wort und deren Ausführungen würden dadurch an Bedeutung, daß vor vornherein feststünde, eine gewisse Anzahl Bürgerchaftsmitglieder stünde dahinter. Heute spricht jedes Bürgerchaftsmitglied, das ein Bedürfnis dazu fühlt, nur für seine Person, und so plätschert nicht selten eine Debatte endlos fort, die schnell beendet wäre, wenn nur bestimmte Redner, die meistens auch von größeren Gesichtspunkten ausgehen, das Wort bekommen.

rufen, als bis dieses Ziel, wenn nötig auf dem Wege der Reichsgewalt, erreicht ist.

Bremen. Der sozialdemokratische Verein in Bremen nahm am 24. Juli Stellung zum Parteitag. Nach einem Referat des Genossen Weigand wurden als Delegierte Weigand und Donath gewählt. Ein Antrag an den Parteitag fand Aufnahme, in dem gefordert wird, darauf hinzuwirken, daß die Kriegsschadigtenfürsorge für die Hinterbliebenen Gefallener der Reichsverficherung und ihrem Rechtsverfahren unterstellt werden. — Der 6. hannoversche Wahlkreis (Verden a. N.) hielt am Sonntag, 2. Juli, seine Kreisgeneralversammlung ab. In einer Resolution stimmte die Versammlung der Politik der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes zu. Ein Antrag wurde angenommen, daß der Parteitag beschließen möge: Für das Staatsbudget solle nur gestimmt werden, wenn die volle Gleichberechtigung der Sozialdemokratie zugestanden wird. Als Delegierter zum Parteitag wurde Bahst (Verden) gewählt. — Der 18. hannoversche Wahlkreis (Blumenthal-Stade) hielt am Sonntag, 22. Juli, seine Kreis-Generalversammlung in Wegefeld ab. Auch diejenigen Redner der Minderheit, die nicht mit allen Schritten der Mehrheit in der Partei einverstanden sind, sprachen sich für die Geschlossenheit der Partei und gegen alle Zerstückelungsbestrebungen aus. Einigkeit tue angesichts der bevorstehenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfe dringend not. Der Streit in der Partei müsse beiseite gelassen und die einheitliche Front wieder hergestellt werden. Als Delegierter zum Parteitag wurde Genosse Mentz-Burg dann gewählt.

Gewerkschaftsbewegung.

Die „Dachdecker-Zeitung“ teilt mit, daß an Stelle des verstorbenen Genossen Gg. Diehl durch den Zentralverband, den Ausschuß, die Konfirmanden und Schüler Th. Thomas zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt wurde, der schon längere Zeit der Stellvertreter des ersten Vorsitzenden ist.

Neuere Nachrichten.

Berlin, 26. Juli. (Amlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote 23500 Br.-Kriegsgeräten vernichtet. Unter den verjetteten Fahrzeugen befanden sich das englische Vorporkenfahrzeug „Arma“, das nach einstündigem Artilleriegefecht verjett wurde, die englischen Dampfer „Gibel Yebid“ (949 Tonnen), mit Kohlen nach Gibraltar, „Gyford“ (4503 Tonnen) mit Hafer und Lokomotiven nach England. Die Ladungen der übrigen verjetteten Schiffe konnten nicht festgelegt werden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Genf, 26. Juli. Der Verwaltungsanschuß der sozialistischen Partei Frankreichs hat eine Adresse an die provisorische Regierung gerichtet, in der die russischen Sozialisten ermahnt werden, sich

alle um den Arbeiter- und Soldatenrat zu hören, ein einziges Zusammengehen aller sei imstande, die Revolution zu retten und den Abschluß eines dauernden und gerechten Friedens zu erwirken.

Haag, 26. Juli. Wie aus Washington gemeldet wird, soll Mexiko bereit sein, sich an der Seite der Entente am Kriege zu beteiligen, falls die Vereinigten Staaten eine Anleihe von noch nicht bestimmter Höhe bewilligen. Wilson habe nur erklärt, er wüßte Mexikos Kriegsbereitschaft keineswegs, sondern wäre mit einer freundlichen Neutralität zufrieden.

Rotterdam, 26. Juli. Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird dem „Manchester Guardian“ von seinem Londoner Berichterstatter gemeldet, daß es den Abgeordneten des russischen Arbeiter- und Soldatenrats gelungen ist, die Leitung der englischen Arbeiterpartei zur Einberufung einer nationalen Konferenz der Arbeiterpartei zu bewegen, auf der die Besetzung der vom Arbeiter- und Soldatenrat für Ende August nach Stockholm einberufenen internationalen Konferenz empfohlen werden soll.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Raabengebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böttger, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Steffing. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gänzlich in Lübeck.

Holstenhaus

G. m. b. H. Lübeck.

- Tomaten..... Pfund 1.50
- Birnen..... Pfund 90[⁄]₄
- Äpfel..... Pfund 45[⁄]₄
- Kirschen..... Pfund 60[⁄]₄
- Johannisbeeren..... Pfund 45[⁄]₄
- Zitronen..... Pfund 80[⁄]₄
- Champignons..... Pfund 1.10
- Junge Erbsen..... Pfund 47[⁄]₄
- Schnittbohnen..... Pfund 90[⁄]₄
- Zwiebel..... Pfund 35[⁄]₄

- Sultana-Rosinen..... Pfund 1.05
- Backpflaumen..... Pfund 3.30
- Geleepudding..... Paket 35[⁄]₄
- „Lucki“ Vanille-Süßspeise..... Paket 60[⁄]₄
- Awag-Backpulver..... Paket 30[⁄]₄
- Pyrmonter Backpulver..... Paket 10[⁄]₄
- Pfeffer, gestreckt..... Pfund 1.50
- Reiner schw. Pfeffer..... Pfund 2.25
- Deutscher Kaiser-Tee..... Paket 75[⁄]₄
- Pekamko-Kaffee-Extrakt..... Pfund 1.60
- Pekamko-Kaffee-Extrakt..... Pfund 3.20

Salatgurken Stück **52[⁄]₄**

Tafelsalz 11[⁄]₄
10 Pfund 1.05 M

FREITAG UND SONNABEND Preiswerte Lebensmittel

- Himbeer-, Kirsch-, Zitronen- und Apfelsinensaft..... Pfund **1.10**
- Limonaden-Essenz..... Flasche 50[⁄]₄
- Johannis- und Heidelbeer-Fruchttink..... Pfund **1.15**
- Tafelsenf-Ersatz..... Pfund 1.00
- Schellfisch in Gelee 2-Pfund-Dose 5.00
- Sardinen in Olivenöl..... Dose 4.00
- Delikatess-Ringe in Weintunke..... Dose 5.25
- Anchovis..... ¼ Pfund 38[⁄]₄
- Stockfisch getrocknet..... Pfund 2.30

- Saporbil sauerstoffh. Waschpulver Paket 30[⁄]₄
- Waschpulver Wäschermädel..... Paket 50[⁄]₄
- Ososchön fettloses Waschpulver..... Pfund 55[⁄]₄
- Linkao Wasch-Präparat..... Paket 60[⁄]₄
- Stücken-Soda..... Pfund 10[⁄]₄
- Stärkin..... Paket 22[⁄]₄
- Wäscheblau..... Paket 10[⁄]₄ und 5[⁄]₄
- Nermosa Wasch- u. Reinigungsmittel Dose 1.10

Deutsche Zündhölzer .. Paket 45[⁄]₄
Echte Schweden..... Paket 73[⁄]₄

Gr. fetttiefende Salzheringe 55[⁄]₄
Stück

Raabes Bleichsoda 20[⁄]₄
Paket

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Kunsthonig.

Unabhängig an die Bekanntmachung des Polizeiamtes vom 25. Juni 1917 wird hierdurch bekanntgegeben, daß alle Personen, die bei ihrem Kleinhändler Kunsthonig an Stelle von Einfachsüßer Konzentrat haben, in der Zeit vom Freitag, dem 27. Juli bis einschließlich Dienstag, dem 31. Juli 1917 auf den Abchnitt R XXI des Lebensmittelbuches den bestellten Kunsthonig zum Preise von 1.10 M für das kg in Empfang nehmen können.

Die Kleinhändler haben die Abchnitte R XXI getrennt von den übrigen Sondermarken-Abchnitten in besonderen Umschlägen spätestens am Freitag, dem 3. August, bei der Geschäftsstelle des Polizeiamtes, Breite Straße 65, I. Zimmer 5, einzureichen.

Lübeck, den 27. Juli 1917. (1961)

Das Polizeiamt.

Kranken- u. Sterbefälle gewerbl. Arbeiter.

General-Versammlung
am Montag, dem 30. Juli 1917, abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
1. Vorträge vom 1. und 2. Quartal 1917.
2. Bericht über die Kassensituation.
Mitgliedsbücher sind vorzubringen.

Der Vorstand.

Damen- u. Herrenschneider,

die sich einarbeiten wollen, gesucht.
Martin Fürbötter, Pferdemarkt 12. (1965)

Bekanntmachung

In der Zeit vom 29. Juli bis 5. August einschließlich sollen an jede zur III. Kundenliste für Kolonialwaren angemeldete Person zur Aufgabe gelangen:
125 Gramm Zeigwaren (Kugeln) Pfefferkörner zum Preise von 51 M. (50 g 1 kg 1 Pfund) und den Abchnitt D X des Lebensmittelbuches.

Die zusammenfassenden Abchnitte für diese Verteilung (Nr. 66) sind bis zum 2. August an die Abrechnungsstelle: Verteilungsstelle, Schüsselboden 15, II, abzugeben.

Lübeck, den 26. Juli 1917. (1962)

Das Polizeiamt.

Verloren 1 Fünfzigmarkschein

in Heimbüttel d. Henkel-Woisting
Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben gegen Belohnung abzugeben bei
(1963) Elise Lembcke, Weisling.

Beste Bezugsquelle für erstklassige

Manufakturwaren:
Spezialhaus für Betten
Bettedauern u. Daunendecken
Herren- und Knabengarderob.
Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Bekanntmachung
betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 30. Juli bis 5. August 1917 wird Fleisch ausgegeben. Bitte werden bei der Bestellung auf die Verteilung von Fleisch als drei Vierteln der Fleischmenge. Der Rest kann in Zukunft entnommen werden.

Lübeck, den 26. Juli 1917. (1963)

Das Polizeiamt.

J. H. Pein

Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Hansa-Theater.

Heute abend 8 Uhr:
Die Waise aus Lowood
Schauspiel v. Ch. Birch-Pfeiffer.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahnstille Lübeck.

Betriebsversammlung
sämtlicher in den Schwartauer Honigwerken u. Zuckerraffinerie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
am Sonntag, dem 29. Juli 1917
abends 7 1/2 Uhr
im Lokal von Wilh. Hilprecht (Gasthof Transvaal).
Tages-Ordnung:
Betriebsbesprechungen.
Das Erscheinen aller im Betriebe Beschäftigten ist notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Stadthallen-Sommertheater

Freitag, den 27. Juli 1917:
Anfang 8 Uhr
Doppel-Gespiel v. Eva Gron v. Deutschem Theater, Hannover und Arno Heß vom Hoftheater Schwerin:
Jettchen Gebert.
Sonntag, den 29. Juli 1917:
Anfang 8 1/2 Uhr:
Die Landstreicher.
Sonntag, den 29. Juli 1917:
Anfang 7 1/2 Uhr:
Die Fahrt ins Glück.



Grudekoksbestellungen
nimmt entgegen
Heinrich Diestel.

1957

Voranzeige.

Zum Besten der Hinterbliebenen der Gefallenen des Regiments „Lübeck“:
Wohltätigkeits-Konzerte
der zu diesem Zweck aus der Front beurlaubten Regimentskapelle unter Leitung des Herrn Obermusikmeisters Fl. Clausniger.

Sonnabend, den 28. Juli: Travemünde.
Montag, den 30. Juli: Stadthalle Lübeck mit Theater-Aufführung.
Dienstag, 31. Juli: Waldhalle Schwartau.
Mittwoch, 1. Aug.: Fr. Schröder, Walkmühle.
Donnerstag, 2. August: Vohßhaus Gutin.
Freitag, 3. August: Waldhalle Schwartau.

Sonnabend, den 4. August: Travemünde.
Sonntag, 5. August: Forsthalle Israelsdorf.
Dienstag, 7. August: Waldhalle Schwartau.
Donnerstag, 9. Aug.: Forsthalle Israelsdorf.
Freitag, 10. Aug.: Waldhalle Schwartau.
Sonntag, 12. Aug.: Fr. Schröder, Walkmühle.
Dienstag, 14. Aug.: Waldhalle Schwartau.

Wir richten an die Einwohnerschaft Lübecks und Umgegend die herzlichste Bitte, wacker mitzuhelfen. Wenn jeder nach seinen Kräften zu helfen bemüht ist, wird es am Erfolge nicht fehlen.

Der Wohltätigkeit sind keine Schranken gesetzt.

Der ganze Reinertrag wird dem Regiment für die Hinterbliebenenstiftung überwiesen.
Ehren-Vorsteher: St. Wagner's Herr Bürgermeister Dr. Fehling.
Ehren-Ausschuß: Senator Heinrich Evers, Major Fromm, Erz. Vize-Admiral a. D. Knecht, Oberst v. Knecht, Senator Dr. Neumann, Oberleutnant a. D. Neumann, Direktor Dr. Neumann, Senator E. Pöschel, Oberst v. Reques, Major Stavenhagen, Senator Dr. Vermehren, Kapitän v. Weyrowitz, General v. Wright.

Der Vorstand des Kameradschaftsbundes der 76er und 162er.
Rechtsanwalt A. Bach, Ehrenvorsitzender.
J. Reitzau, F. Böge, J. Green, H. Graffunder, W. Mundt, J. Kelling, W. Gersken. (1968)

Aufruf an die Menschenfreunde aller Nationen.

Von Friedrich Albert Lange.

Von dem Glauben geleitet, daß auch in den schrecklichsten Tagen entfesselter Leidenschaft und wilden Völkerkampfes in tausend und aber tausend Herzen die Stimme der Vernunft ihr Echo finden wird, wagen wir es im Namen der Vernunft und Sittlichkeit Protest zu erheben gegen die Fortdauer des unmenschlichen Krieges, der jetzt wüthet, und die Menschenfreunde aller Nationen aufzufordern, sich in diesem Protest mit uns zu vereinigen.

Was uns den Mut gibt, uns dem immer höher schwellenden Sturm der Verwüstung entgegenzustemmen und dem Donner der Schlachten gegenüber unsere schwache Stimme zu erheben, ist die unerschütterliche Zuversicht, daß die Grundsätze des Christentums und der Humanität in ihrer lautereren Wahrheit und schlichten Größe mächtiger sind als alle irdischen Sieger und der verhöhnende Triumph über den Groll der Ueberrundenen.

Wer sich zu diesen Grundsätzen bekennt, der möge sich auch zu dieser Sache bekennen und sie wird zu einer Macht werden, die ihre Wirkung bis in die kämpfenden Lager verbreitet und uns in jedem der Wahrheit zugänglichen Herzen einen Bundesgenossen erweckt.

Keine Bedenken feimütiger Berechnung, kein Hohn weltkluger Befangenheit, keine törichte Furcht vor einem Mißerfolg soll uns abhalten, der Stimme der Pflicht zu folgen, in einer heiligen und gerechten Sache unerschrocken der Wahrheit die Ehre zu geben. Wissen wir doch, daß nie ein Wort in diesem Geiste gesprochen, verloren ist, und daß sich selbst unter dem Schein äußerer Erfolglosigkeit oft tiefe Wirkungen auf die nahe und ferne Zukunft verbergen. Wenn es ein für alle Mal die Gewissheit geworden sein wird, daß sich das öffentliche Gewissen laut und nachdrücklich gegen jede Schändung der Zivilisation im großen wie im kleinen erhebt, dann kann auch die Stunde nicht mehr fern sein, in welcher die Grundsätze der Gerechtigkeit und Sittlichkeit, die jeder Mann im Privatleben anerkennt, auch in das öffentliche Leben und den Verkehr der Staaten untereinander eingeführt werden und den fürchterlichen Greueln des Krieges ein mächtiger Damm entgegengekehrt wird.

Noch fehlt uns ein internationales Schiedsgericht und schwer wird es halten, diesen großen Gedanken gegenüber dem Egoismus, dem Mißtrauen in die Reinheit und Unbestechlichkeit der Richter, dem gemeinen Zweifel an jedem großen und kühnen Unternehmen zum Siege zu führen. Aber das unablässige Trachten der erleuchteten Geister und edlen Gemüter aller Nationen nach diesem Ziele wird sich Geltung verschaffen, wenn es nicht in der Tiefe des Herzens vergeschlossen bleibt, sondern bei jeder Gelegenheit in Wort und Tat ans Licht tritt. Und wäre ein Anlaß zu solchem Vorgehen geboten, wie jetzt, wo jeder neue Tag uns neue Schreckensszenen, neuen Jammer vor den blutgetränkten Schlachtfeldern, wie aus den Hütten der Verwahrten und Verlassenen berichtet?

Wagen wir deshalb den Versuch, einen Bund freier Männer zu bilden, die eine Vermittlung anstreben, welcher keine andere Autorität beizuhelfen, als die Gerechtigkeit selbst, die aus dem Spruch ihrer Delegierten mit überzeugender Gewalt hervorleuchtet muß! Möge niemand diesem Bunde beitreten, der nicht aufrichtig entschlossen ist, seine persönlichen Stimmungen und Neigungen, sowie fremdartigen Interessen, Wünsche und Befürchtungen vor der einfachen Stimme der Wahrheit zu beugen und eine Lösung zu suchen, welche hüben und drüben verurteilt, was die Gerechtigkeit verurteilen muß und anerkennt, was die Gerechtigkeit anerkennen muß. Wer aber in diesem Sinne zu einer großen Aufgabe des Augenblicks im Interesse der Menschheit und der gesamten Zukunft unserer Zivilisation mitzuwirken gelohnt ist, der verbünde sich aller Orten mit Gleichgesinnten, damit binnen kürzester Frist ein mächtiger, immerfort wach-

sender Verein entstehe, als ein lebendiges Zeugnis für die Macht der Humanität in der modernen Gesellschaft und als Beweis eines großen und nachdrücklichen Versuchs, mit rein geistigen Mitteln dem Kampfe des Unheils und des Verderbens Halt zu gebieten, welcher im ferneren Wachsen unsere gesamte Kultur mit dem Untergange bedroht.

Zwei Wege liegen heute vor Europa offen. Der eine führt zu endlosen Appellationen an die Gerechtigkeit des Schwebenden und zur Verewigung jener Greuel des Krieges, die wir heute mit Entsetzen vor uns sehen, und der andere zum Siege der Humanität und zur Begründung höherer Garantien für die Freiheit und Wohlfahrt, als eine egoistische Staatskunst, gestützt auf Waffengewalt, sie zu bieten vermöchte. Alle Nationen Europas sollten sich heute dafür erheben, daß der bessere Pfad, der allein heilvolle und segensbringende, betreten werde. Aber auch jenseits des Ozeans suchen wir die Bundesgenossen unserer Bestrebungen. Immer enger wird das Band der Interessen und des Verkehrs, sowie der gemeinsamen geistigen Arbeiten und Kämpfe, welche alle zivilisierten Nationen verbindet, und je mehr die realen Verhältnisse diese Einheit unwiderstehlich herstellen, desto gefährlicher wird die Verfallensstunde einer großen planmäßigen Pflege der internationalen Beziehungen.

Für die ungeheuren Aufgaben kann unser heutiges Unternehmen nur eine schwache und im Strubel der Ereignisse verschwindende Vorarbeit sein. Das unmittelbare Ziel: zur Hemmung des fürchterlichen Krieges und zur Wiedergewinnung des Friedens beizutragen, was jeder an seinem Orte vermag, muß unser erstes und wichtiges Augenmerk sein und ist der alleinige Zweck des Bundes, zu dessen Begründung dieser Aufruf bestimmt ist; allein erst in höherem Lichte einer großen und bleibenden Aufgabe unseres Jahrhunderts gewinnt unser Unternehmen seine wahre Bedeutung und seine volle Berechtigung.

Nicht eitle Selbstüberhebung veranlaßt uns, ein Richteramt uns anzumachen, sondern die Not unseres Herzens und der Jammer unserer Zeit drängen und treiben uns, nach Männern zu suchen, denen wir den Versuch der Vermittlung auf den Grundlagen voller Gerechtigkeit vertrauensvoll in die Hand geben könnten. Wir wollen nicht eine Organisation schaffen, die bestimmt wäre, den rechtmäßigen Organen der Völker und Staaten bevormundend entgegenzutreten oder ihre Autorität zu untergraben. Indem wir nunmehr darauf ausgehen, im Augenblick der Not und Gefahr durch freie Tätigkeit ein edles Unternehmen zu schaffen, lassen wir nicht ab von dem Glauben, daß der Tag kommen werde, wo alle zivilisierten Nationen sich in ihren legitimen Organen in anderem Geiste als bisher die Hand reichen und die Gerechtigkeit als oberste Richtschnur anerkennend, gemeinsam für das Wohl der Völker wirken werden.

In dem vorstehenden Aufruf haben wir nur zwei Worte getilgt: im ersten Satze die Worte „in Frankreich“. Der Aufruf erschien zur Jahreswende 1870/71; er war damals eine Tat — und wieviel mehr ist er heute gültig! Was der edle Menschenfreund Friedrich Albert Lange als eine Verheißung für ferne Zukunft ansah: die Schaffung von Sicherheiten gegen künftige Kriege, das kann bald Wahrheit werden. Denn der tobende Krieg bringt den Krieg um; er wird erzwingen, was Lange erhoffte; er macht die Utopie zur rationalen Möglichkeit. An alle aber, die der Stimme des Gewissens lauschen, richtet auch heute sich Langes Mahnruf. Jeder muß tun, was er vermag, um in seinem Lande den Geist des Hasses zu bekämpfen.

Die Kohlenversorgung der Schweiz.

Die Kohlenversorgungszentrale der Schweiz veröffentlichte in den letzten Tagen eine längere Auseinandersetzung über die Lage auf dem schweizerischen Kohlenmarkt, die das Publikum darauf aufmerksam macht, daß hinsichtlich der Einschränkung des Verbrauchs, namentlich der Hausbrandkohle, eine unabwendige Notwendigkeit ist. Man rechnet mit einem Ausfall von etwa der

Hälfte des Friedensbedarfs, da gerade die Lieferung von Braunkohlenbrüetts aus Belgien stark nachgelassen hat. Im ganzen steht die Monatszufuhr an Kohle um etwa ein Drittel hinter dem normalen Friedensbedarf zurück, für die Hausbrandkohle stellt sich die Berechnung noch ungünstiger.

In der Presse wird die Kohlenfrage stets lebhaft erörtert. Es laufen da natürlich viel Irrtümer mit unter, die durch obengenannte Bekanntmachung der Kohlenzentrale berichtigt werden. Es scheint, daß man die Frage nicht nur in der französischen Presse der Schweiz zur politischen Stimmungsmache benützt, dort war nämlich vor einiger Zeit verbreitet worden, Deutschland habe die Bedingung an die Kohlenlieferung geknüpft, daß die romanische Schweiz keine davon bekommen solle. Aber diesem Hejverhuch hat man wohl nicht einmal in der erregten Westschweiz Glauben geschenkt.

Umgekehrt wird in vielen Blättern immer wieder darauf hingewiesen, daß Deutschland alles, was in seiner Macht stehe, getan habe, den Bedürfnissen der Schweiz zu entsprechen. So meldete der „Bund“ vor einigen Tagen, daß die deutsche Kohleneinfuhr vom 1. bis 15. Juli 110 000 Tonnen betragen habe. Der normale monatliche Friedensbedarf, an dessen Einfuhr sich aber auch die Ententeländer beteiligten, hatte 300 000 Tonnen betragen. In den ersten Kriegsjahren steigerte Deutschland, und auf sein Betreiben Belgien den Kohlenexport nach der Schweiz um rund 10 Prozent, was dem Ausfall des aus den Ententeländern im Frieden bezogenen Kohlenquantums entsprach und die Schweiz fast auf die Höhe der normalen Einfuhr brachte. Erst im Jahre 1912 ließen die deutsch-belgischen Lieferungen nach, als Folge der erschwerenden Transport- und Förderungsverhältnisse.

Daß von der Schweiz noch nicht einmal alle von Deutschland gebotene Erleichterung ausgenutzt wird, dafür ist ein Beweis, daß verschiedene Blätter dem Vorurteil entgegengetreten, daß die Kohle durch den Wassertransport leide. Von deutscher Seite wird in den „Basler Nachrichten“ darauf aufmerksam gemacht, daß von deutscher oberrheinischer, nordfranzösischer und belgischer Seite diese Einwendungen noch nicht erhoben worden sind und nichts gegen den Transport mit Rhein-Schleppflößen gelagt werden könne. Dem Ausfall an Kohlenzufuhr will die Verwaltung der Bundesbahnen mit erheblicher Einschränkung des Reiseverkehrs, besonders auch der Dampfer-Verwüstungsfahrten auf den Seen, begegnen.

Die Offensive gegen das russische Volk.

Die ganze Erbitterung, mit der gegenwärtig in Rußland die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung gegeneinander streiten, kommt in der letzten eingegangenen Nummer 11 der „Auslands-Branda“ zum Ausdruck. Wichtige Anlagen werden darin gegen die provisorische Regierung erhoben. Am 17. Juli hat die provisorische Regierung zum ersten Mal Befehl gegeben, auf die Volksmassen zu schießen. „Petrograd“ hörte Salven, abgefeuert auf Scheiß der sozialdemokratischen Minister, der Zeretelli, Tschernow, Stobelew, abgefeuert gegen die Vorhut der russischen Revolution, das Petersburger Proletariat. Die Namen liegen auf den Straßen Petersburgs, die Namen der Proletarier und Soldaten, die gefallen sind im Kampfe gegen die Sozialdemokraten. Ueber Petrograd ist der Besatzungszustand verhängt. Die Führer der Bolschewiki befinden sich hinter Schloß und Riegel. Und von der Front teilt die Regierung mit, daß eine große Anzahl der Regimenter gemuiert habe. Die Kleinbürgerlichen Sozialisten stehen am Rande des Bankrotts. Sie glauben, die Revolution nur im Bunde mit der Bourgeoisie retten zu können. Deswegen haben sie das Blut des Proletariats vergossen. Und jetzt, wo sie von den Proletariern Petersburgs durch den Blutstrom getrennt sind, läßt sie die Bourgeoisie im Stich. Wird die Regierung Zeretelli des Blutigen stärker sein als die Nikolas des Blutigen? Ihr habt für eine militärische Diktatur gearbeitet, Ihr Herren Sozialdemokraten, die Euch so behandeln wird, wie Ihr das Proletariat behandelt habt.

Die Korrespondenz schildert dann eingehend, wie ursprünglich nach der Revolution auch die Bolschewiki sich für die Reinheit und Lauterkeit der bolschewistischen Führer verbürgt hätten. Als Lenin und Sinowjew mit 30 Genossen über Deutschland nach Rußland zurückkehrten, und die bürgerliche Presse sie als Stöhring des Kaisers hinstellte, läßt die Exekutive des Arbeiterdelegiertenrates sie von Scheide an der Spitze von zehntausenden Proletariern und Soldaten empfangen und sie begrüßen als Männer, deren Meinung von der seinen abweiche, in denen er aber mit

Bäuerin und Gräfin.

Von Theodor Mügge.

9. Fortsetzung.

Welche Ankündigung des Schicksals! Babette faltete ihre Hände. Der alte Graf kam aus seinem Schlafzimmer auf seinem Stock geföhrt und rief mit zaghafter Stimme nach seinem Sohne. Wo ist er? Wo ist Lydia? fragte er.

Niemand antwortete ihm. Aber Babette warf ein Tuch über ihren Kopf, und der Major drückte seinen spitzen, grauen Blick so tief ins Gesicht, daß eben noch die Augen hervorsahen. Gleich darauf sah man beide gegen den Sturm kämpfen, der sie nach den ersten Schritten zurückwies. Der Legationsrat unterläßt den geistes Diplomaten, der gebeugt die umgestürzten Säume betrachtete und sich fernend vom Fenster abwandte. Es ist im Grunde nichts als Holz, sagte er, und was ist nicht vergänglich.

Die weißen Blätter, murmelte der Greis öfter lächelnd, und die grünen, frischen.

Um eine hatte sich niemand gekümmert, als alle vor dem Unwetter in das Haus flohen. Breneli war ihnen nicht dahin gelangt. Statt sich auch zu hüthen, ließ sie durch Garten und Weinberg, wo ein Pfad steil am Abhang niederließ. Diesen verfolgte sie zum See hinab in atomlosster Eile. Staub und Steingespaltter zer, Salme und Ranken flogen in dichten Wolken auf. Der Wind zermühlte ihr Haar, sie glitt und fiel, sprang auf und ließ wieder weiter. Jetzt war sie am Wege, am Wege, dem der See sein Wasser entgegenwarf und seine Schaumwollen warnend in ihr heißes Gesicht spriekte. Wie ein kurzgepeitschtes Meer sah er aus. Hohe Wogen mit weißen Kammern rollten aus düsteren Nebeln hervor, die sich mit dem Wasser zu mühsamen scheren. Ein kaltes Gimmern jagte durch diese Nacht und nichts anderes war zu hören, nichts als das Klatschen und Toben des Sturmes, der die Wellenköpfe absetzte und in Atome zeripfelter die Lüfte riß.

Es ließ eine schmale Landzunge in den See hinaus und bogte sich wie ein Hogenstück vor der Mündung des Bachs aus. Hier standen ein paar Fiskergerüste, aber der Sturm hatte sie niedergerissen. Breneli ergriff eine der Stangen und hielt sich daran fest, dann drang sie weiter vor und plötzlich stieß sie einen Schrei aus, denn vor ihr auf der Spitze einer mächtigen Welle schaukelte der Kahn und sank in die Tiefe. Sie sah den Grafen, wie er das kleine zerbrochene Fahrzeug zu leiten suchte, sie sah auch vor ihm die schöne Dame, welche auf ihren Knien lag und nach ihm festsah. Die Spitze der Landzunge bildete ein felsiges Vorwerk. Die Spitze der Landzunge bildete ein felsiges Vorwerk, das oben sich abplattete und ein halbes Duzend Fuß hoch

ohne zu fragen, was ihm selbst geschehen würde. Ueberall lagen mächtige Steine, klippentartig zerstreut, überall ging es schraff und tief hinab in den See. Wenn es nicht gelang, das Boot hinter die Landzunge zu bringen, mußte es zerstückern, und nur wenn Kubal zeitig gewandt werden konnte, schien es möglich, daß er die günstige Stelle fand und errichtete. Mit Hilfe ihrer Stange erklimm Breneli die abschüssige Platte und ihr Vorwärtstuch in der Hand, hielt sie dies hoch empor und wehrte sich gegen den Sturm. Mehrere Minuten stand sie so, alle Kräfte aufbietend, um nicht niedrigergerissen zu werden. Der Wind peitschte ihre Kleider und ihr lang flatterndes Haar. Der gelblich düstere Widerschein fiel in ihr Gesicht, und ihre todesmüthigen Augen richteten sich auf das gefährliche Boot, das von den Wellen wild umhergeschleudert wurde.

Und jetzt hatte der bedrängte Schiffer sie gesehen, er wandte die Spitze und arbeitete mit gewaltiger Anstrengung. Hinter ihm aber drehte sich eine schwarze Säule, die vom See in die Wolken zu steigen schien und einen weiten trübseligen Kreis bildete, in dem die Wasser ausgezogen wurden, wie zu einem wandelnden Berg. Es war einer jener Wirbelwinde, der den See zermühlte, kämpfende Luftströme, die mit unwiderstehlicher Mut wie ungeheure Schlangen ihre furchtbaren Leiber zu einem Knäuel zusammenwinden und alles zerstückern, worüber sie hinrollen. Als sie die Natur vor ihren eigenen Kindern batte, trat ein plötzliches Schmeigen ein. Der Sturm hörte auf, die Wasser außerhalb des äußeren Kreises flossen stiller zusammen und lüchelten sich vor den bösen Mächten zu verborgen. Breneli schlug ihre harten Hände vorwärts zum Gebet zusammen und richtete ihre Augen mit einem irren, hilflossehenden Blick in die Wolken, dann aber ebenso schnell schloß sie ihr Herz wieder. Arbeit, Herr, arbeit! sagte sie, und sie hörte, wie es schrei ihr Antwort gab. Sie sah wie die schöne Dame dort in Todesangst ihr: Arme aufgeh; ihr Leben hätte sie freudig hinwerfen mögen, konnte sie an ihrer Stelle sein.

Wenn ich den Schalten lassen könnt, schrie sie auf, so wäre alles gut! Ich wollt ihm helfen, er kann's allein nicht schaffen! Die Wind- und Wasserwauke näherte sich mit schrecklicher Eile, und nun begann ein Brausen und Heulen in der Luft, wie Breneli es nie gehört. Jetzt war aber das Boot nahe dem Stein, doch hatte es der Sturm zur Seite geworfen, und Rudolf konnte es nicht länger halten. Im nächsten Augenblick mußte es umschlagen oder an den Steinen zerstückert werden. Aber Breneli sprang an dem Geschiebe hinab. Bis an den Leib im Wasser, sagte sie mit dem Haken der langen Fischerstange den Rand des Bootes und zog es an sich.

Dann rief sie es an die Stelle, wo die Landung möglich war und ohne ein Wort zu sprechen, warf sie die Stange fort und griff nach der regungslosen Dame, die in dem halb mit Wasser gefüllten Fahrzeug lag. Sie nahm Lydia in ihre Arme und trug sie auf die Landzunge mit einem Sprunge folgte ihr der Graf, und

jetzt zerriff ein blendender Blitz den Himmel und fuhr mitten durch die düstere Säule in den See. Ein taubäuberndes Donnerlärm folgte ihm nach. Die Wasserhohe war zerstückert, aber der Orkan, den sie gefangen hielt war frei. Das kleine Boot stürzte um, schlug gegen die Steine und versank, und der Himmel öffnete seine Schleusen und ließ einen stürzflutischen Regen niederfallen, der von Blitzen und Donnerlärm begleitet wurde, die einem indischen Tornado gehören konnten.

Nirgend war hier ein Schutz, die drei Menschen auf der Landzunge waren der ganzen Mut der Elemente preisgegeben, aber ihr Leben war gerettet. Breneli hielt Lydia noch immer in ihren Armen und suchte sie zu hüthen. Der Regen fiel so dicht, daß nicht fünfzig Schritte weit zu sehen war.

Das ist ein Wetter, Breneli, was fangen wir an? sagte der Graf.

Kommt, antwortete sie, rasch nach Haus. Über sie ist ohnmächtig aber tot! Sorgt nicht, ich trage sie. Du gutes Breneli!

Stimmen kamen von der Straße her. In dem Wassermel wurden mehrere Gestalten sichtbar. Es ist der Major und Jungfer Babette, sagte Breneli. Laßt uns eilen.

Er hielt sie fest. Du sollst nicht! Bleib hier, ich trage sie selbst. Ihr könnt es nicht, Herr. Die Wasser stürzen von den Bergen nieder, der Boden weicht unter Euren Füßen. Laß ihn weichen, Breneli. Ich will dennoch festhalten. Habe du Dank zu anderem Dank; rette dich, so schnell du kannst. Gib her geschwind!

Sie legte die leiblose Gestalt in seine Arme. Er hob sie auf seine Schultern und eilte mit ihr fort. Der Bach kam schon wild von der Höhe nieder mit trübten tobenden Wellen, welche Steine, Trümmer und Holzstücke fortrollten. Von der Brücke her hörte Breneli das Geschrei des Majors, und ihre scharfen Augen sahen, wie nach einer augenblicklichen Beratung Herr Murhard seinen Regentragen über die Gräfin warf und wie er mit dem Bächel dann dem Träger folgte, der trotz seiner Last schnell genug voraneilte.

Am sie kümmerte sich niemand. Ihre Schuhe hatte sie verloren, ihr Strümpfe waren im See geblieben, als sie Lydia hinausstrug. Aus ihren schweren Röcken troff das Wasser und tief an ihren langen Haaren nieder, wie von einem jenseitigen Schirm. So stand sie eine Zeitlang bewegungslos in dem stürzenden Regen, aber ihr Gesicht war warm, ihre Augen blinzelten freudig den Gestalten nach, bis sie verschwand, und ihr Mund lächelte dazu. Habe Dank, Breneli! rief sie endlich. — Niemand hörte es, aber und nächstig war es umher. Sturm und Regen tobten weiter. (Fortsetzung folgt.)

Jeder Fieber der Seele treue Kämpfer der Arbeiterklasse der Revolution ehre. Als die bürgerliche Presse in ihrem Verleumdungs-selbstzug fortfuhr, erklärte die „Zweifel“, man dürfe mit Ver-nünftigen kämpfen, aber seine Ehrlichkeit zu bezweifeln, ist eine konter-revolutionäre Hehe. Jetzt könnte sich die Menschewiki selbst nicht mehr den Luxus leisten, eine Politik der reinen Hände zu treiben. Händel werde als Schwinder und deutscher Agent, Kadel als Dieb, Trocki als bestochener Agent, die Babanoff als Schwind-lerin hingestellt, so lüchle man die Atmosphäre zu schaffen, in der man Lenin einschleichen könne, an den man sich bisher nicht heran-wagte.

Die „Auslands-Pravda“ erklärt kategorisch jede Behauptung, daß ihr Auslandsbureau direkt oder indirekt Geld von Deutschland oder irgendeinem Deutschen erhalten und solches Geld oder irgend-welches andere Geld nach Petersburg geschickt habe, für vollkom-men erfinden und unwahr. Die Stieber des Kommunalprozesses von 1890 seien harmlos im Vergleich zu den verkommenen russischen Fälschungen der Zeretoff, Stobelew und Tschernow, mit denen sie die Menschewiki als deutsche Agenten hinzustellen suchten.

Wem dient W. T. B.?

Der Reichstag hat klar und eindeutig erwungene Gebiets-erweiterungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Bege-wertungen als unvereinbar mit dem Kaiserwort erklärt: „Uns treibt nicht Eroberungslust“. Er hat erklärt, daß sein Ziel ein Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker sei.

Der Reichstag hat sich damit nicht ein Privatvergnügen ge-macht, sondern als die Vertreter Deutschlands zu den anderen Völkern gesprochen. Über das W. T. B. legt sich ins Mittel, sperrt den Reichstag vom Ausland ab und biegt den Sinn seiner Verhandlungen um. Ueber die verwirrenden Wirkungen einer solchen tendenziösen Berichterstattung erzählt der Berner Korre-spondent der „Vossischen Zeitung“:

Mehr noch als auf das Wort des Kanzlers und ihre Be-urteilung durch die Parteien mußte es darauf ankommen, dem Ausland zu zeigen, wie das deutsche Volk durch den Mund seiner Parteiführer die Friedensresolution erklärte. Von allen diesen Dingen finden sich im Woißbericht nur die allerpärläus-tigen Andeutungen. Aber nicht nur, daß die Reden Zehrenbachs, Scheidemanns und Payers auf einige Sätze zusammengefaßt sind; im Gegensatz dazu gibt man die kurzen Erklärungen der rechtsstehenden Parteien in verhältnismäßiger Ausführlichkeit. Im „Bernener Bund“ nahmen die großen Reden Zehrenbachs, Scheidemanns und Payers zusammen 45 Zeilen ein, während die Erklärungen Wirths, Schönaich-Carolaths und Warmuths 49 Zeilen beanspruchten. Im übrigen sind von den Erklärungen der Reichstagsmehrheit im „Bund“ nur die stehengeblieben, die sich auf die Unbelegbarkeit Deutschlands und auf das Wei-terkämpfen beziehen, während alle die Stellen, in denen der Reichstag auf das reichliche die Ehrlichkeit eines Verständi-gungswillens bekann, vollkommen unterdrückt sind. Namentlich aber fehlen auch die Stellen, an denen die Vertreter der Reichstagsmehrheit feststellen, daß der Kanzler sich in seiner Rede zu der Friedensresolution bekannt habe. Es ergibt sich dadurch zweierlei:

Erstens wird die Rede des Reichskanzlers selbst nach der kriegerischen Seite überbetont; zweitens wird der Reichstag so hingestellt, als ob er vollkommen umgefallen wäre, und die Friedensresolution büßt ganz erheblich an Wahrheit und Wirksamkeit ein.

Das „Berliner Tageblatt“ wußt dem W. T. B. vor, dem deutschen Leser die Reden feindlicher Staats-männer unrichtig und tendenziös zu übermit-teln. Es bezieht sich auf die Glasgower Rede Lloyd Georges, die von W. T. B. eintausend wiedergegeben worden ist.

Der „Bomars“ wußt die Frage auf: Was ist W. T. B.? Eine Capitulat der Kruppischen Propagandisten oder ein Spiel-zeug eigenmächtiger Beamten oder ein Instrument der Regie-rung? Wenn es, was nach diesen Stichproben freilich nicht un-begründet scheint, ein Instrument der Regierung ist, warum dann es dann nicht der Regierung, warum darankreuzt es ihre Politik?

Und die Folge? Daß die deutsche Politik als zweideutig, falsch, hinterhältig erscheint, daß die Regierung, der Reichstag, schließlich das ganze Volk kompromittiert werden! Die Politik des Deutschen Reiches muß empörtlich, klar und bestimmt sein. Selbst eine solche Politik wird dann leichter zu liquidieren sein, als wenn billige Bauernschläue jedes Wort untergraben hat. Der Reichskanzler hat mit selbstbewußtem Stolz das lächer-liche Wort gesagt: „Ich bin nicht willens, mir die Führung aus der Hand nehmen zu lassen.“ Den Sühnungsmaßweis für dieses Wort wird der Kanzler erst erbringen, wenn er die erste Bedin-gung des politischen Erfolges geschert und dem Gegeneinander-regieren in Deutschland ein Ende gemacht hat.

Sozialisierung des Spartasskapitals.

In der modernen kapitalistischen Gesellschaft hat das Kapital nicht nur die Aufgabe, die Mittel herzugeben für die Arbeitsbetriebe und Wirtschaftsgemeinschaften, sondern es dient auch dem Zweck, seinem Besitzer möglichst hohe Gewinne in den Schoß zu werfen. Diese Doppelnatur des Kapitals darf man bei dem Kampfe gegen den Kapitalismus niemals aus dem Auge verlieren: man soll sich bemühen, dem Kapital seinen ausbeuterischen Charakter zu nehmen, aber als Produktionsmittel und Rückgrat unseres Wirtschafts-lebens soll man es hegen und pflegen. Das Kapital muß eben sozialisiert, das heißt dem Interesse der Gesamtheit dienbar gemacht werden. Es darf nicht mehr dazu verwendet werden, einzelne Volk-schichten zu bereichern und die große Masse auszubeuten, sondern es soll unser Wirtschaftsleben zum Vorteil der Ge-samtheit beitragen.

Der Gedanke einer Sozialisierung des Kapitals gewinnt immer mehr an Boden. Neuerdings wird auch der Stand-punkt vertreten, daß die in den Spartassen zusammenfließen-den Gelder nicht mehr zu privatkapitalistischen Zwecken ver-wendet werden, sondern daß sie in den Dienst des Volk-swohl gestellt werden sollen. Wie der Bürgermeister Dr. Fasse in Bayreuth in einem Artikel schreibt, leisten die Spartassen heute ihre Hypotheken in der Hauptange nach rein privatkapitalistischen Gesichtspunkten aus. Ihr Ideal ist das Zins- und Mietzins. Gestraft wird bei Begebung der Hypothek lediglich die reale Sicherheit, kaum noch die Person der Hypothek-Nachgebenden, ganz und gar nicht oder wohl nur in den seltensten Fällen jedoch, ob die Zwecke, für die das Spartassengeld ausgegeben werden soll, den Zwecken der Spartasse als gemeinnütziger Anstalt entsprechen. Sei-der werden durch spartassenspezifisches und gedankenloses Her-geben von Spartassengeld häufig Betrüger unterstützt, die geradezu als vols- und vaterlandsfeindlich bezeichnet werden müssen und mit den Aufgaben der Spartassen unverein-bar sind. Durch die Zeitungen gehen es und zu Kö-nigsberg hat der Reichstagspräsident, die auf der Kö-nigsberger von Hausbesitzer zu Hausbesitzer ziehen und überaus abgewiesen werden, wenn sie ihre Kinderzahl be-lassen wollen. Die Namen solcher Hauseigentümer ver-dienen, an den Pranger gestellt zu werden; es sind Beispiele der verächtlichen Gesellschaft, die in ihrer Gemeinnützig-keit ebenso zu bekämpfen sind wie die Hausierer und Kuch-

rer. Für solche kinder- und volksfeindlichen Bestrebungen darf eine Spartasse, wenn sie eine gemeinnützige Anstalt bleiben will, ihr Hypothekengeld nicht hergeben, und muß es zurückziehen, wenn es schon gegeben ist. Aber noch weiter müssen die Spartassen gehen. In Zeiten allgemeinen Woh-nungsmangels oder einer Wohnungsnot, wie sie nach dem Kriege von vielen Seiten befürchtet wird und wohl mit Sicherheit zu erwarten ist, werden „geschäftsgewandte“ Hauseigentümer die „Konjunktur“ ausnutzen und die Mie-ten zu steigern suchen. Hier muß die Spartasse zur Prü-fungsstelle für alle Mieterhöhungen werden, und wo eine Mietpreiserhöhung unberechtigt und als wucherische Aus-beutung einer Not erscheint, muß sie automatisch den Hypo-thekenzinssatz erhöhen oder die Hypothek kündigen. Andererseits könnte sie vielleicht gewissermaßen als Prämie für Hausbesitzer den Zinssatz heruntersetzen, wenn ein Miethaus eine bestimmte Durchschnittszahl von Kindern auf die ein-zelne Wohnung beherbergt. Förderung des Kleinhausbaues, Unterstützung kleinstädtischer Genossenschaften müssen sich die Spartassen besonders angeeignet sein lassen. Hier muß der Hauptstrom des Hypothekensparens der Spartassen hin-fließen. Hier müssen bei der Beleihung Erleichterungen je-der Art gewährt werden, hier muß bis zur höchsten Grenze der Beleihungsfähigkeit gegangen werden. Der bedürfte-rungspolitische Gesichtspunkt muß bei Ausleihung von Spar-tassengeld fortan der herrschende werden. Die Frage muß entscheiden: Wird mit gemeinnützigem Geld ein gemein-nütziger Zweck verfolgt, wird mitgeholfen, unser Volk zu ver-mehren, es gesund und glücklich zu machen, oder dient das Spartassengeld eigennützigem Interessen, nährt es den Wurm an der Wurzel unseres Volkes und unserer gesamten deutschen Zukunft? Mag Privatkapital gewissenlos sein, sich dazu herzugeben, wenn es will, Spartasskapital nie-mals.

Eine Sozialisierung des Spartasskapitals in dem Sinne ist durchaus erstrebenswert. Die Leiter der Spar-tassen müssen sich für verpflichtet halten, bei der Verleihung der ihnen anvertrauten Gelder soziale Gesichtspunkte walten zu lassen. Da es in dieser Beziehung aber noch sehr hapert, greifen schon heute die Vertreter einer antikapitalistischen Weltanschauung zur Selbsthilfe, indem sie ihr Geld dort an-legen, wo es sozialen Zwecken dient. Hier kommen in erster Linie die modernen Konsumgenossen-schaften in Betracht, die die bei ihnen angelegten Gelder nicht zu selbstnützigen, ausbeuterischen Zwecken, son-dern zum Nutzen der Mitglieder verwenden. Die Konsum-vereine gebrauchen Betriebskapital, wenn sie ihre weitrei-chenden Pläne verwirklichen und ihre sozialen Aufgaben in vollem Umfange erfüllen wollen. Darum ist es Pflicht eines jeden wahren Sozialisten, der nicht nur sozialistische Reden führt, sondern auch sozialistisch handelt, daß er sein über-schüssiges Geld seiner Genossenschaft zuführt. Das gleiche gilt auch von solchen Vereinen, die im Sinne des Sozialis-mus wirken wollen. Gelder, die zur Bekämpfung des Kapi-talismus dienen sollen, dürfen selbstverständlich nicht in ka-pitalistischen Unternehmungen angelegt werden.

Die Angst um die Sittlichkeit der Arbeiterinnen

leuchtet aus einem recht eigenartigen Dokument hervor, das als Verfasser einen katolischen Geistlichen und als Empfänger das badische Ministerium des Innern aufweist. Es erblickt erst jetzt das Licht der Öffentlichkeit, ist aber zeitlich nicht minder aktuell, wie bei seiner Abfassung, da inzwischen die Frauen-arbeit noch zugenommen hat. Charakteristisch ist, daß sowohl dem Prälaten Dr. Werthmann, wie dem badischen Minister v. Bodmann das sittliche Wohl und Wehe der in der Industrie und bei den Eisenbahnen beschäftigten Mädchen mehr am Herzen liegt, wie ihr körperliches, wie ihre Bezahlung, Behandlung, hygieni-schen Einrichtungen und sonstiges. Im übrigen spricht dies Schriftstück auch insofern für sich selbst, als es keine sittliche Sorge sogar auf Fingerringe in Baden Deutschlands ausdehnt. Als ob man da nicht zunächst auf die Rettung des Lebens bedacht sein müßte. Es lautet:

Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg, E. B. Freiburg, den 24. Februar 1917.
Erzdiözesan-Freiherrn von Bodmann
Großh. Badisches Minister des Innern,
Karlsruhe.

Em. Erzdiözese hat mich gebeten, hierüber eine schriftliche Eingabe einzureichen. Indem ich diesem Wunsch hierdurch nach-komme, beweise ich, daß die Angaben auf Stichproben beruhen, die in verschiedenen Gegenden Badens gemacht worden sind, daß sie als kein Gesamtbild der Lage geben, auch nicht eine Anklage gegen einzelne Firmen oder Behörden darstellen, sondern nur dazu dienen sollen, die erhöhte Aufmerksamkeit der staatlichen Behörden auf diese im Interesse unserer Volksgenossen so wichtigen Punkte zu lenken.

Von unseren Berichterstattern wird hervorgehoben, daß 1. infolge der hochgehenden Erzeugung von Kriegsmaterial viele kleinere Fabriksbetriebe entstanden sind, die geschlechtlich ge-wöhnliche Arbeiterkräfte haben. Von diesen sollen manche sich weigern, getrennte Wohnräume anzulegen; in andern, die solche Räume besitzen, werde nicht auf eine getrennte Benutzung strenge gehalten; 2. wird hervorgehoben, daß in den Fabriken auch ausgeprobte Diner, getrieben von der Not oder angelockt von den guten Löhnen, Arbeit suchen. Von einem Orte unweit Karlsruhe wird berichtet, daß eine solche Person nicht nur sehr jämmerliche Reden bei der Arbeit führt, sondern auch junge Burtschen zum Scherz anlockt.

3. wird auf gewisse Mißstände hingewiesen, die bei Flieger-latern insbesondere in einigen Fabriken Karlsruhes dadurch entstehen, daß die gesamte Arbeiterschaft unterrichtungslos in den Kellern und Hinterhöfen sich aufhält.

Dr. Werthmann.
An die Großherzoggl. Bezirksämter mit dem Auftrag, derartigen Mißstände ihr Augenmerk zuwenden und erforderlichenfalls mit der Mittel der Polizeigewalt einzuschreiten, insbesondere auch etwaige Vorkläge des Gewerbeamts zur Verhütung gefährlicher Gefahren der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen ausfindig zu machen.
Karlsruhe, den 1. März 1917.

Großherzoggl. Ministerium des Innern: Bodmann.
Diese Schriftstücke sprechen für sich selbst. Sie sind auch ein Zeichen der Zeit!

Ernährungsfragen.

Etwas mehr Licht in den Marmeladenwirrwarr!
Durch Besondereverordnung vom 14. Dezember 1915 ist für Marmelade der Klasse 2, wie sie der Berliner Magistrat jetzt ver-treibt, bei sparsamem Verkauf ein Höchstpreis von 60 Pfennigen

festgelegt worden. Gleichzeitig wurde bestimmt, daß dieser Höchstpreis auf die mit Genehmigung der Kriegsgesellschaft für Obst-loswerden und Marmeladen verteilte Produkte keine Anwendung finden soll. Im Wirtschaftsjahre 1916/17 wurde die Beschaffung mit einem teilweise arg minderwertigem Kriegsmas abgepflegt, das ebenfalls 60 Pfennige kostete. Zur Begründung dieser Maß-schere wurde stets angegeben, die Menge der überhaupt hergestell-ten Marmelade sei so gering, daß sie nur den notwendigen Heeresbedarf decke und von der Heeresverwaltung auch gänzlich in Anspruch genommen werde. Jetzt im Juli 1917 kam der Magi-strat Berlin plötzlich eine Millionenbevölkerung mit Marmelade beliefern — natürlich zu erheblich höheren Preisen (100, 85 und 64 Pfennig). Wo kommt denn diese mit Äpfeln gemischte Marme-lade jetzt im Sommer plötzlich her? Das der Bevölkerung zu sagen, hat die Kriegsgesellschaft alle Veranlassung. Dabei könnte sie auch gleich mit angeben, ob wir jetzt vielleicht nur darum kein Frisch-obst erhalten, damit im Juli 1918 wieder teure Marmelade ver-teilt werden kann.

Vier Mark für einen Doppelzentner völlig verdorbener Kartoffeln.

Im Tageblatt für Penig finden wir folgende Anzeige:
Die Firma Gebrüder Kühn in Rossen zahlt für den Doppel-zentner völlig verdorbener Kartoffeln, die auch als Viehfut-ter nicht mehr verwendbar sind, bis zu 4 Mk. frei Eisenbahnan-gangsstelle.
Königliche Amtshauptmannschaft Rochlitz,
am 18. Juli 1917.

Nicht nur der Preis für die Kartoffeln fällt dabei auf, son-dern vielmehr noch die Annahme, daß große Mengen Kartoffeln verdorben sind, die angeboten und an die Firma geliefert werden.

4600 Mark Verdienst an einem Waggon Gemüse.

Ueber die Verdienste der „Reichsstelle für Gemüse und Obst“, G. m. b. H., berichtet ein Großhändler in dem „Zentralorgan des Verbandes der deutschen Fruchtgroßhändler“ in Nr. 9 vom 1. Mai d. J. folgendes:

Am 28. März dürften in verschiedenen Städten Waggons Gurken und Salat eingegangen sein und verdiente die Reichsstelle wenigstens überall dort, wo für Gurken 1 Mark und für Salat 35 Pfennig verlangt wurden, an einem Waggon 2400 Mark und der Verkaufsvermittler 1200 Mark. Es verteuerte sich also der Waggon durch die Reichsstelle um 3700 Mark. Aber auch bei anderen Artikeln werden derartige hohe Verdienste erzielt, so z. B. kostete der Zentner Wirring- und Kottkohl in Hol-land 25 Mark, bezahlt wurden an die Reichsstelle Preise von über 50 Mark für den Zentner, also Verdienst pro Waggon 4600 Mark.

Was sagt der Leiter der „Reichsstelle für Gemüse und Obst“, Herr v. Tilly, zu diesen Behauptungen? Sie sind für den Ver-band des gewöhnlichen Staatsbürgers so unfaßbar, daß man bis zu einer sofortigen amtlichen Erklärung der Reichsstelle sich jeder Kritik enthalten muß. Keine Antwort wäre die Befä-tigung der Behauptungen des Großhändlers.

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder ein Malschieber vor Gericht. Die Strafkammer in Bayreuth verurteilte den Getreidehändler Schultzeck aus Kulmbach wegen verbotenen Malzhandels und Preis-treibern zu 17400 Mark Geldstrafe.

Verurteilungen. Die Strafkammer Breslau verurteilte den angelegenen Breslauer Wüßhändler Max Pelz zu fünf Jahren, seine Ehefrau zu einem Jahr Zuchthaus, weil beide von einer Treibschande massenhaft Geflügel und Kanarienvögel herbeigeführt worden. Der Badermeister Schneider in Aachen bei Dresden, der Bestäubungsgefäße für abgelieferte Brotmarken gefertigt hatte, um mehr Mehl zu erlangen, und der feiner Brot ohne Marken verkauft hatte, wurde zu neun Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Seine Frau erhielt wegen Brotver-kaufs ohne Marken 150 Mark Geldstrafe.

44 „Bräute“ — ein Reford im Heiratschwindel. Fortgesetzte raffinierte Heiratschwindel führten den 44jährigen Kaufmann Jürgen Wolpphus aus Hadersleben vor die Strafkammer am Landgericht Frankfurt a. M. Der Angeklagte hat seit 1913, nachdem er eben erst eine Zuchthausstrafe von vier Jahren und einem Monat wegen gleicher Verbrechen verbüßt hatte, ausschließlich von Heiratschwindeln gelebt. Unter wechselnden fälschlichen Namen zog er durch die deutschen Großstädte und brand-schachte die Heiratslustigen Damenwelt. Als Mittel zum Zweck diente die Heiratsannonce, in der er sich, nach Berühmten Mustern, als „Witwer mit einem Kind“ ausgab. Das klang sehr vertrauenswürdig, brachte glänzenden Erfolg. In liebgewohnten Städten, von denen einzelne von ihm wiederholt aufgesucht wurden, und gingen nicht weniger als 44 Mäd-chen und Witwen, die sich nach Hymens Fesseln sehnten, ins Netz. Er nahm ihnen je nach ihrem Vermögen Beträge von 50 Mark bis 2000 Mark ab. Meistens waren es Köchinnen, die auf diese Weise ihre Ersparnisse los wurden. Sobald der Herr Bräutigam das Geld in den Fingern hatte, ver-schwand er auf Nimmerwiedersehen. Eine Witwe „Mitteln“ ihm 4000 Mark Kriegsanleihe und die goldene Uhr ihres im Felde gefallenen Mannes. Er verpfändete die Kriegs-anleihe sofort für etwas über 2000 Mark und war dann wenig-stens so ehrlich, der Betrogenen den Fandtschein zu über-gelassen. Insgesamt haben die 44 „Bräute“ 23500 Mark für ihn zusammengekauert, so daß er ein „Einkommen“ von etwa 6000 Mark im Jahre hatte. Als der Gau-ner im Februar d. J. in der Kaiserstraße in Frankfurt festge-nommen wurde, suchte er sich durch eine Täuschung aus der Schlinge zu ziehen, indem er sich dem betreffenden Kriminal-beamten gegenüber Bernhard Ehlers nannte und den Unschul-digen spielte. Der Beamte ließ sich aber nicht betören, denn er erkannte den Vielbegehrten an Photographien wieder, die er vor ihm gesehen hatte, so daß ein weiteres Neugnen nutzlos war. Das Urteil lautete auf sechs Jahre Zuchthaus, 1500 Mk. Geldstrafe und zehn Jahre Ehrverlust. Bei der Strafbesetzung zog der Gerichtshof in Rücksicht, daß der Angeklagte inzwischen an einem Lungenleiden erkrankt ist, sonst würde auf eine weitaus höhere Strafe erkannt worden sein.

Aus Nah und Fern.

Verhängte Maßnahmen gegen Lebensmittelhändler in den bayerischen Kurorten. Von allen Seiten kommen Klagen, wie aus München berichtet wird, über das Aufkaufen und Weg-führen von Lebensmitteln in den Fremden in bayerischen Kurorten und Sommerfrischen. Es wird daraufhin von der Regierung ein verschärfter Erlaß vorbereitet zur Durchführung der Ausweisung und strengeren Straf-sung der Betreffenden ohne Ansehen der Person.

Schweres Brandunglück. Am Neubau der Kappmollers-merke an der Rosshoferstraße in München brach gestern nach-mittag in der Gießerhalle ein Gerüst ein, wobei eine Anzahl Arbeiter schwer verletzt und zwei Arbeiter getötet wurden. Einer liegt vermutlich noch unter den Trüm-mern.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Gumbach in Lübeck.